

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 3/19. Jg.

Mitteilungsblatt

Juli/August 2013

Zu diesem Heft:

Wir gedenken unseres Freundes und Mitstreiters, des Vorsitzenden des Berliner Alternativen Geschichtsforums und langjährigen Bundessprechers der VVN-BdA *Prof. Dr. Gerhard Fischer*, der am 9. August 2013 im Alter von 83 Jahren verstorben ist. Von Gründung unseres Arbeitskreises an wirkte er unermüdlich mit uns im Sinne des Antifaschismus und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Dieses Heft dokumentiert Ergebnisse unserer beiden letzten Tagungen. Von unserem Kolloquium zum 100. Todestag August Bebels stellen wir den Vortrag von Ursula Herrmann, die Diskussionsbeiträge von Heinz Karl und Günter Wehner sowie – ergänzend – eine Rede August Bebels auf dem Dresdner Parteitag 1903 vor. Sie verdeutlichten nicht nur die herausragenden Verdienste Bebels um die deutsche und internationale Arbeiterbewegung, sondern auch die große aktuelle Bedeutung seines revolutionären Erbes. Ursula Herrmann zog eine aufschlussreiche Bilanz der Bebel-Forschung, namentlich auch der DDR, und arbeitete insbesondere Bebels Auffassung des Verhältnisses von Revolution und Reform und seine antimilitaristischen Positionen heraus. Faszinierend, wie sich in *allen* Fragen immer wieder Bebels Klassenstandpunkt manifestiert, am eindrucksvollsten wohl in seiner Dresdner Rede 1903: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“ Die konkrete Analyse der Theorie und Praxis Bebels macht zugleich deutlich, welcher Abgrund zwischen ihnen und der Politik der SPD *nach* Bebel klafft. Weitere Materialien des Bebel-Kolloquiums erscheinen im nächsten Heft.

Von der Konferenz über das NKFD und den antifaschistischen Kampf (am 29. Juni d. J.) erscheinen im vorliegenden Heft der Vortrag von Reiner Zilkenat und der Diskussionsbeitrag von Kurt Laser. Insbesondere der Vortrag R. Zilkenats trug der Tatsache Rechnung, dass die Auseinandersetzung um das Wesen des Faschismus, zumal des deutschen, zunimmt und an aktueller Bedeutung gewinnt. Deutlich wird auch der kapital-apologetische, die Massen verleumende Charakter der bürgerlichen Interpretationen in all ihren Variationen, so auch dem von Zilkenat analysierten „Volksgemeinschafts“-Theorem. Weitere Konferenzmaterialien erscheinen im nächsten Heft.

Unsere bevorstehende Konferenz „Deutschland 1933: Prozesse, Wirkungen, Kontinuitäten, Lehren“ am 26. Oktober d. J. (vgl. S. 36) wird Gelegenheit zu weiterer und vertiefter Erörterung dieser Problematik bieten.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Ursula Herrmann Blicke auf August Bebels Lebensleistung	S. 3
Prof. Dr. Heinz Karl August Bebel, das Eigenlob der SPD und ihre Rolle im Jahre 1933	S. 15
Dr. Günter Wehner Antifaschistische Aktionen junger Berliner Sozialdemokraten im Frühjahr 1933	S. 19
Dr. Reiner Zilkenat „Volksgemeinschaft“ ohne Widerstand? Kritische Bemerkungen zum „Volksgemeinschafts“-Theorem	S. 20
Kurt Laser Das Museum deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk	S. 29
Dokument August Bebel: Aus der Rede zum Tagesordnungspunkt „Die Taktik der Partei“ auf dem Parteitag der SPD in Dresden am 17. September 1903	S. 33
Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises, Oktober – Dezember 2013	S. 35
Einladung zur Konferenz „Deutschland 1933: Prozesse, Wirkungen, Kontinuitäten, Lehren“ am 26. Oktober 2013 in Berlin	S. 36

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.
E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.

Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2013.

Prof. Dr. Ursula Herrmann

Blicke auf August Bebels Lebensleistung

Die Beisetzung

Am 13. August 1913, einem Mittwoch, erlag August Bebel im Kurhaus Passugg nahe der Schweizer Stadt Chur seinem Herzleiden. Die Sozialdemokratie der Schweiz und Deutschlands veranlasste ein Begräbniszeremoniell, das dem Vorsitzenden der stärksten sozialdemokratischen Partei und seiner Stellung in der II. Internationale gerecht wurde.¹ August Bebel galt als hoch geachteter Arbeiterpolitiker von europäischem Rang. In seiner Person verkörperte sich eine ganze Epoche der Arbeiterbewegung.

Am 14. August wurde der Tote mit dem Zug von Chur nach Zürich, dem Ort der Beisetzung, überführt. Auf dem Weg säumten Trauernde die Straßen. In Zürich gaben 2000 Personen dem Wagen das Geleit zum Volkshaus, dem Ort der Aufbahrung. Vom 15. bis 17. August mittags nahmen Tausende an Bebels offenem Sarg Abschied.² Hunderte Kranzspenden verwandelten die Trauerhalle in ein Blumenmeer.³ Kondolenzen aus aller Welt trafen bei Tochter Frieda und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein. Sie bekundeten ihre Trauer über das Ableben eines Mannes, der den Aufstieg der Arbeiterbewegung zu einer starken gesellschaftlichen Kraft mit durchlebt und mit gestaltet hatte.

Die Trauerfeier am Sonntag, dem 17. August, wurde zu einer Großdemonstration für die Ziele der Arbeiterbewegung. Etwa 20 000 Personen reihten sich ein, darunter Delegationen aus Deutschland. Viele säumten die Straßen. Rund 300 rote Fahnen und vier Musikkorps belebten den Zug. Er führte von der Wohnung auf dem Schanzenberg zum Krematorium auf dem Zentralfriedhof Sihlfeld.⁴ Dort fanden 1200 Personen Platz, vor denen 15 Repräsentanten der deutschen und internationalen Sozialdemokratie Bebels Lebenswerk würdigten. Die Mehrheit des Zuges begab sich zur Gedenkfeier auf die Rotwandwiese. In vielen Orten Deutschlands und anderer Länder versammelten sich Trauernde zu Gedenkkundgebungen.

Was hoben die Trauerbekundungen und drei Jahre zuvor die Gratulationen zu Bebels 70. Geburtstag⁵ am 22. Februar 1910 an Bebel hervor?

- Mitbegründer der deutschen proletarischen Partei auf revolutionärer, internationalistischer Grundlage; Mitgestalter ihrer Entwicklung zur marxistischen Massenpartei; mit Karl Marx und Friedrich Engels befreundet;
- Geburtshelfer der deutschen Gewerkschaftsbewegung;
- Vorkämpfer für die Gleichstellung der Frau als Politiker und mit seinem wissenschaftlichen Werk „Die Frau und der Sozialismus“;
- Bekenntnis zur I. Internationale und prägend bei der Gründung und politischen Profilierung der II. Internationale;
- Verteidiger der Pariser Kommune 1871 wie der Revolution in Russland 1905/06;
- Verweigerung der Kredite für den Eroberungskrieg 1870/71 und Anprangerung des Raubfriedens; Kämpfer gegen Militarismus und Krieg, gegen Kolonialismus und die Gefahren eines Weltkriegs von unvorstellbaren Ausmaßen;
- führend bei der Ausarbeitung der revolutionären Parlamentstaktik in Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf;
- als Politiker und Organisator, Theoretiker und Praktiker geschätzt;
- faszinierender Redner, zumeist frei sprechend, packend, anschaulich, die Missstände anprangernd; mit einem ausgeprägten Gespür für die Nöte und Sorgen der Volksmassen;
- seine moralische Lauterkeit und persönliche Bescheidenheit, seine Exaktheit und Ehrlichkeit, sein politischer Scharfblick und sein klares Urteil, das selbstlose Aufgehen in der Partei, seine Ausstrahlung wie überhaupt die Gesamtheit seines hervorstechenden Charakters;
- Anerkennung bei Freund und Feind als Personifizierung der Alternative zum junkerlich-bourgeois militäristischen Kaiserreich; als Gegenspieler Otto von Bismarcks und später Wilhelms II.⁶

Bebel war zu dieser Zeit der international bekannteste Arbeiterpolitiker. Dazu hatte auch beigetragen, dass die deutsche Sozialdemokratie zur stärksten Partei in der II. Internationale geworden war. Im Januar 1912 errang sie bei den Reichstagswahlen 4,25 Millionen Stimmen und 110 Mandate. Rund 29 Prozent der Wähler entschieden sich für ihre Ziele. Die Mitgliederzahl überschritt bis

1914 die Million. So versinnbildlichte die Verehrung Bebels den Stolz der Arbeiterbewegung aller Länder auf ihre internationale gesellschaftliche Kraft.

In den Nachrufen wurde Bebel einige Male als Arbeiterkaiser bezeichnet. Das war ein Begriff des Protestes. Am 15. Juni 1913 hatte sich die Thronbesteigung Wilhelms II. zum 25. Mal gejäht. Mit großem Pomp wurde der Jahrestag seitens reaktionärer Kräfte als militaristisch-chauvinistischer Taumel organisiert. Potenziert wurde dieses Ereignis durch die 100. Jahrestage siegreicher Schlachten gegen Napoleon. Statuen von Wilhelm I., Bismarcktürme, Gedenksteine wurden „eingeweiht“ unter Aufmarsch der Kriegervereine. Heraus ragte das monumentale Völkerschlachtdenkmal. Die Hetze gegen Frankreich stieg auf einen Höhepunkt. Der Begriff Arbeiterkaiser, der im 19. Jahrhundert wenig verwendet wurde, verlieh somit dem Protest gegen das Kaiserreich Ausdruck, sollte die Gegenkraft der Arbeiterbewegung symbolisieren. Inzwischen verwenden auch Bebelbiographen diesen Begriff im Buchtitel.⁷ Die Bezeichnung Kaiser wird aber dem Republikaner, Sozialisten und Atheisten Bebel nicht gerecht.

Gedrucktes von Bebel und über ihn

Wer sich Bebels Lebensweg detailliert erschließen will, findet reichlich Material.⁸ Seine Reden und Schriften liegen in zehn Bänden vor.⁹ In den Einleitungen zu Band 1 und 2 der „Ausgewählten Reden und Schriften“ wird untersucht, wie Bebel in einem längeren Prozess anfängliche lassalleanische und kleinbürgerliche Vorstellungen überwand, sich die marxistischen Ideen zu eigen machte, sie umsetzte und dabei die marxistische Lehre bereicherte.¹⁰ Briefwechselbände bringen Bebels Persönlichkeit näher.¹¹

In seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben“ – erschienen 1910, 1911 und 1914 – schildert Bebel selbst bis zum Jahr 1882 das Werden und Wachsen der Sozialdemokratie als Partei des Klassenkampfes mit dem Ziel, die bestehende Gesellschaft von Grund auf umzugestalten.¹² Den zweiten, ausführlichsten Teil seiner Erinnerungen widmete er der Auseinandersetzung mit der Politik der diktatorischen ADAV-Führung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts.¹³ Sie unterstützte Bismarcks reaktionären Weg der Einigung Deutschlands von oben. Über den damaligen Präsidenten des ADAV Johann Baptist von Schweitzer urteilte Bebel: „Der eigentliche Zweck seiner Tätigkeit, und in Bismarcks Augen ihr Hauptzweck, war, *eine der Regierung politisch gefügige Arbeiterbewegung zu schaffen*.“¹⁴ Wer Bebels Belege dafür liest, versteht, dass die Linken ihre Geburtsstunde nicht mit dem ADAV datieren. In Auseinandersetzung mit dieser Linie des ADAV und durch deren Überwindung erstarkte die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert, neben Bebel vor allem verbunden mit den Namen Wilhelm Liebknecht¹⁵, Wilhelm Bracke¹⁶, Julius Motteler¹⁷ und Paul Singer¹⁸.

Eine Biographie über August Bebel kam in der DDR 1963 zu seinem 50. Todestag heraus, verfasst von einem Autorenkollektiv unter Leitung Horst Bartels.¹⁹ Es folgte 1969 eine Bildbiographie aus der Feder Heinrich Gemkows, in erweiterter Auflage 1986.²⁰ Zu Bebels 150. Geburtstag 1990 lag mit rund 750 Seiten die auch international bisher ausführlichste und an Fakten reichste Biographie vor, von sechs Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED verfasst.²¹ Erstmals wird darin die Rolle Bebels im 20. Jahrhundert ausführlich – auf einem Drittel des Bandes – und unseres Erachtens ausgewogen dargestellt.

Die mit Bebel verknüpften Erfolge der Arbeiterbewegung waren selbstverständlich nicht nur den glänzenden Eigenschaften seiner Persönlichkeit zu verdanken. Dem Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie zur marxistischen Massenpartei und zur stärksten Partei innerhalb der II. Internationale lagen objektive Faktoren zugrunde. Diese objektiven Bedingungen für den wachsenden gesellschaftlichen Einfluss der Arbeiterbewegung ausgenutzt zu haben ist das große Verdienst von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und ihren Kampfgefährten, Bebels besondere Begabung war es, marxistische Theorie und Politik zu vereinen, besonders den historischen Materialismus schöpferisch auf neue Probleme des Kampfes der Arbeiterbewegung anzuwenden und dabei die marxistische Theorie weiter auszuprägen.

Bebels Wirken im Einzelnen nachzuzeichnen ist in diesem Rahmen nicht möglich. Es soll auch nicht die Aktualität seines Wirkens benannt werden. Die liegt auf der Hand. Zwei Probleme seien herausgegriffen: zum einen das Verhältnis von Reform und Revolution in Bebels Denken und politischem Handeln, zum anderen seine Warnungen vor einem Weltkrieg ungeahnten Ausmaßes. Das drängt sich angesichts des bevorstehenden 100. Jahrestages des Kriegsausbruchs 1914 auf. Bebels Verdiensten um die Gleichberechtigung der Frau bin ich in meinem Vortrag auf der Tagung Ende Februar 2013 in diesem Kreis zu „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ nachgegangen.²²

Reform und Revolution

Auf der Festveranstaltung der SPD in Leipzig am 23. Mai dieses Jahres stellte ein Redner fest, die SPD habe auf Reformen gesetzt, „anstatt utopische Fernziele zu proklamieren“. Das Eisenacher Programm von 1869 habe „zentral“ das allgemeine Wahlrecht gefordert, Verbot der Kinderarbeit und Unabhängigkeit der Gerichte. Allerdings war die Arbeiterbewegung jene Kraft in Deutschland, die sich zu Bebels Lebzeiten am stärksten für demokratische Rechte und soziale Veränderungen einsetzte. Bebel hatte das Eisenacher Programm vorgelegt. Die genannten Programmpunkte stehen aber erst im Abschnitt III neben weiteren Forderungen, wie Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche. Unter I wird der freie Volksstaat gefordert. Die Grundsatzerklärung unter II lehnt sich an die von Marx ausgearbeitete Präambel zu den Statuten der I. Internationale an. Unter anderem steht dort: „Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist ... ein Kampf ... für *die Abschaffung aller Klassenherrschaft*: Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei [die] *Abschaffung der jetzigen Produktionsweise*.“²³

In Bebels Schrift „Unsere Ziele“ von 1870 erläutert er das Programm. Dort erklärt er, dass „die Arbeiterklasse sich die Macht *erobern*“ muss. Die neue Gesellschaft soll auf der „*Gleichberechtigung und Gleichstellung aller*“ beruhen, eine „demokratische Gesellschaft“ sein, „wie sie die Welt noch nie gesehen hat“. Dazu muss „die Herrschaft der privilegierten Klassen und Personen gebrochen“ werden.²⁴ Also bereits bei Gründung der Eisenacher Partei bekundete Bebel, dass die bestehende Gesellschaft durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse völlig umzugestaltet ist. Zu Bebels Verdiensten gehört es, dass der Sozialismus als Ziel im Denken vieler Werktätiger fest verankert wurde, nicht zuletzt durch Titel und Inhalt seines theoretischen Hauptwerks „Die Frau und der Sozialismus“.

Brigitte Seebacher-Brandt gesteht Bebel in ihrer Biographie, die zu Bebels 75. Todestag erschien, ein utopisches Fernziel zu.²⁵ Den erstrebten Sozialismus betrachtete Bebel aber nicht als Utopie, sondern als gesetzmäßiges Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung.

Kaum einer hat sich mehr als Bebel dafür eingesetzt, die politischen und sozialen Bedingungen für die Werktätigen im Kaiserreich zu verbessern. Er kämpfte für Versammlungs- und Koalitionsrecht und für das Recht auf politischen Zusammenschluss. Er beteiligte sich persönlich an der Gründung von Gewerkschaften. Er forderte die Gleichstellung der Frau vom Wahlrecht bis zum Zivilrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1896. Er forderte den Zehnstudentag, nach Gründung der II. Internationale den Achtstudententag. Er setzte sich gegen Kinderarbeit ein. Er entwarf Arbeiterschutzgesetze, die die Sozialdemokratie im Reichstag einbrachte. Er schrieb ausführliche Instruktionen zur Ausnutzung der Versicherungsgesetze bei Krankheit, Unfall und Invalidität. Er kreierte ein neues Genre des politischen Buches: „Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage“, erstmals für die Session 1871 bis 1874. Darin analysierte er die politischen Ereignisse, nagelte die bürgerlichen Parteien fest und begründete die Haltung der Sozialdemokratie. Er publizierte „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ (1890) und wertete eine Enquete über „Die Sonntags-Arbeit“ (1888) aus. Anhand der Berichte der Fabrikinspektoren prangerte er Missstände in den Fabriken an.

Im sächsischen Landtag, dem Bebel von 1881 bis 1890 angehörte, protestierte er gegen die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig, gegen Polizei- und Justizwillkür bei Ausweisungen, gegen die Ausgaben für Polizeispitzel, gegen die Wahlbeeinflussung durch Staatsbeamte. Er kritisierte die Lage der Arbeiter im Bergbau, in den Forstbetrieben, bei den Staatseisenbahnen. Hinsichtlich der Volksbildung forderte er unentgeltlichen Unterricht auf hohem Niveau, Millionenzuschüsse seitens der Regierung für die Volksschulen, Trennung von Kirche und Schule, Abschaffung der Prügelstrafe, höhere Gehälter für Volksschullehrer. Er sprach zum Ärztemangel in Sachsen, zum Straßenbau in Dresden und forderte mehr Unterstützungsgelder für Hochwasserschädigte. Und die Sozialdemokratie forderte die Beseitigung der Gesindeordnung.

Für Bebel gab es keine Trennung der Tagesaufgaben vom sozialistischen Ziel. Durch Kämpfe um unmittelbare ökonomische und politische Erleichterungen für die Werktätigen sollten sie Schritt für Schritt für das sozialistische Ziel gewonnen werden. In Zusammenhang mit dem Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, den die Sozialdemokratie 1885 im Reichstag einbrachte – vergeblich – äußerte Bebel: „Wenn der ganze Arbeiterschutzgesetzentwurf bis auf den letzten Buchstaben Gesetz geworden wäre, würde er an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion und der bürgerlichen Wirtschaftsweise *nicht das geringste ändern*.“²⁶ In einer Reichstagsrede gegen die Verschär-

fung des Sozialistengesetzes vom 17. Februar 1888 erklärte er, die Sozialdemokratie werde sich nie auf das begrenzen, was die Regierung als berechtigte Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitenden anerkenne, „denn sonst müßten wir unsere eigene Existenz aufgeben als Partei, wir müßten aufgeben, was das Wesen unserer Partei ausmacht, wir müßten die wirklichen Ziele der Sozialdemokratie preisgeben ... eine Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund aus ...“²⁷

Positive oder negative Integration der Sozialdemokratie in das Kaiserreich, was von manchen Historikern der BRD behauptet wird, sieht anders aus.

Wenn damals einige sozialdemokratische Funktionäre eine Zusammenarbeit mit den Regierungen befürworteten oder sogar in den Landtagen umsetzten, trat ihnen Bebel entgegen, so bei der Auseinandersetzung um die Dampfersubvention 1884/1885²⁸, auf den Parteitag 1903 in Dresden²⁹, 1908 in Nürnberg³⁰ und 1910 in Magdeburg³¹. Herausragend war seine sechsstündige Rede 1899 auf dem Parteitag in Hannover. Bernsteins Auffassungen kennzeichnete er als Revision der gesamten weltanschaulichen Basis der Partei, da „der Marxismus die eigentliche wissenschaftliche Begründung des Sozialismus ist und Bernstein ... alle Grundlagen des Marxismus, die materialistische Geschichtsauffassung, die Dialektik, die Werttheorie, die sogenannte Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie usw. angreift“.³² An Bebels Seite standen Karl Kautsky³³, Rosa Luxemburg³⁴, Clara Zetkin³⁵ und andere. In Auseinandersetzung mit dem Revisionismus betonte Bebel 1903, diesem gegenüber „muß immer und immer wieder mit *aller Schärfe betont werden*, daß die Sozialdemokratie eine Partei des *proletarischen Klassenkampfes mit entsprechenden Zielen* ist, daß die Partei zwar die Befreiung der ganzen Menschheit aus Not, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung erstrebt, daß aber dieses Ziel allein auf dem Boden *des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das klassenbewußte Proletariat*, dessen Scharen durch den Gang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer gewaltiger anschwellen, erreicht werden kann.“³⁶

Für diesen Kampf müsse sich die Arbeiterbewegung mit Wissen rüsten, nicht nur aus der Arbeiterpresse, sondern vor allem durch „die Massenverbreitung guter Broschüren ... Nur durch ihr Studium kann der Parteigenosse sich zum klaren, selbständig denkenden Kampfgenossen herausarbeiten, erwirbt er sich einen weiteren Blick und ein sicheres Urteil in allen unsere Prinzipien berührenden Fragen.“³⁷ Dafür setzte sich Bebel auf vielfältige Weise ein.

Wer Bebel auf sein Ringen um Reformen beschränkt, verkennt seine Größe, die sich nicht zuletzt auf sein Verständnis für den Zusammenhang von Reform und Revolution stützt. Es sei deshalb daran erinnert, wie Bebel für die Volkserhebungen, die er als Zeitgenosse erlebte, Partei ergriff.

Pariser Kommune 1871 und Revolution in Russland 1905/06

Auf die Pariser Kommune nahm Bebel zeitlebens Bezug als Beispiel für den mutigen Kampf der Arbeiterklasse um eine neue Gesellschaft.³⁸ In der Pariser Kommune, die mit der Beschlagnahme der Kanonen auf dem Montmartre durch Arbeiter am 18. März 1871 begann und am 28. Mai 1871 den Metzelleien der französischen Regierung mit direkter Unterstützung durch Otto von Bismarck zum Opfer fiel, sah Bebel die Keimform jener ausbeutungsfreien Gesellschaft, die er erstrebte. Auf den Deutschen Reichstag im neu gegründeten Kaiserreich schaute damals die ganze Welt. Dort bezeichnete Bebel am 25. Mai die Pariser Kommune als „kleines Vorpostengefecht“. Ehe wenige Jahre vergehen, werde ihr Schlachtruf „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!“ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats“ sein.³⁹ Er bekannte sich zur Kommune, obwohl er unter Anklage des Hochverrats stand und gerade aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Zwei Jahre Festungshaft erhielten August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1872 zudiktirt, weil sie eine Arbeiterpartei gegründet hatten, wegen ihrer Ablehnung des Eroberungskriegs gegen Frankreich 1870/71 und wegen des Bekenntnisses zur Pariser Kommune.

Zum 5. Jahrestag der Pariser Kommune wies Bebel im Streitgespräch mit einem Nationalliberalen auf einer Volksversammlung in Leipzig die Verteufelung der Kommunarden als Mörder und Mordbrenner zurück. Er bezeichnete die Kommune als einen neuen Staat, der zur gesellschaftlich organisierten Produktionsweise den ersten Schritt getan habe.⁴⁰ Als 1877 das Buch des Kommunarden Prosper Olivier Lissagaray über die Geschichte der Kommune erschien, hob Bebel in seiner Rezension als eine Ursache für die Niederlage hervor, dass die Kommune „keine in sich geschlossene, in Übereinstimmung handelnde Partei“ besaß.⁴¹ Zum 25. Jahrestag sprach Bebel auf einer der Volksversammlungen, die die Sozialdemokratie am 18. März 1896 im Gedenken an die Kom-

mune und an die Revolution von 1848 durchführte.⁴² Auf dem Parteitag 1905 verwies er auf die Pariser Kommune als Beispiel für den Kampfesmut der Arbeiterklasse.⁴³ In seine Erinnerungen „Aus meinem Leben“ nahm er das Streitgespräch vom März 1876 auf, „um manchem meiner Leser einen Dienst“ zu erweisen, zumal unter Jüngeren die Geschichte der Pariser Kommune und deren Verteidigung durch die Sozialdemokratie wenig bekannt sei.⁴⁴

Voller Sympathie und Solidarität begegnete Bebel den revolutionären Erhebungen in Russland 1905/06.⁴⁵ Bebel forderte die deutschen Arbeiter auf, die Kämpfenden moralisch und materiell zu unterstützen. Deutschlandweit fanden Protestkundgebungen gegen den Blutsonntag vom 22. Januar 1905 in Petersburg statt. Der Parteivorstand überwies den russischen Sozialdemokraten 10 000 Mark, später nochmals 20 000 Mark. Im Ergebnis von Sammlungen wurden weitere 340 000 Mark aufgebracht. Bebel forderte die Menschewiki auf, die Anhänger Lenins bei der Verteilung der Gelder nicht auszuschließen. Auf Vorschlag von Bebel und Singer beschloss die Reichstagsfraktion, die Parlamentstribüne zu nutzen, um die Anwürfe der Reaktion gegen die russischen Revolutionäre zurückzuweisen. Bebel nahm zehn Mal im Reichstag zur russischen Revolution Stellung. Auf Massenversammlungen in Berlin, Konstanz, Hamburg, Hannover und anderen Orten würdige er den Kampf der russischen Revolutionäre.⁴⁶

In die unterschiedlichen Positionen von Bolschewiki und Menschewiki zum Charakter der Revolution und zur Hegemonie der Arbeiterklasse drang Bebel nicht ein. Das Neuartige der Revolution war ihm aber bewusst. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“ vom Mai 1905 schrieb er: „Kein Zweifel. So verschiedenartig sich die russische Revolution von den Revolutionen jedes andern Landes darstellt, in ihrer Art ist sie die großartigste Revolution, welche die Geschichte kennt ... Und in der Tat, was das russische Proletariat an Tatkraft, Ausdauer und Selbstaufopferung bisher geleistet hat, übertrifft weit, was das westeuropäische Proletariat ihm an die Seite stellen kann ... Das westeuropäische Proletariat wünscht dem russischen Proletariat den Sieg. Es wird ihm diesen Sieg nicht neiden. Es weiß, daß [das], was das Proletariat eines großen Landes erobert, dem Proletariat aller anderen Länder zugute kommt. Möglich, daß dieses Mal die Sonne der Freiheit im Osten aufgeht und es der Westen ist, der, statt zu geben, empfängt.“⁴⁷

Bebel stand in dieser Zeit im engen Gedankenaustausch mit Rosa Luxemburg. Auf ihre Bitte hin schrieb er „An die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Russisch-Polen“ einen „Offenen Brief“, datiert 9. April 1905. Er forderte dazu auf, sich ihren Klassengenossen anzuschließen für die „Eroberung politischer Rechte und politischer Macht“.⁴⁸

In einer „Neujahrsbetrachtung“ für die Frauenzeitung „Gleichheit“ vom 10. Januar 1906 fasste Bebel seine Auffassung in gewisser Weise zusammen. Er charakterisierte die Ereignisse in Russland als „eine Revolution, in der nicht das Bürgertum ..., sondern das klassenbewußte Proletariat die führende und leitende Rolle übernommen hat. Während wir in Mittel- und Westeuropa uns die Köpfe zerbrechen, ob das Proletariat für eine führende geschichtliche Rolle reif sei, ob es vermöge, die Staatsleitung in seine Hände zu nehmen, und über diese Frage lang und breit tiefgründige Erörterungen pflegen, hat das russische klassenbewußte Proletariat ... alle Theorien und Klügeleien über den Haufen geworfen und frisch Hand ans Werk gelegt. Und siehe da, was selbst in unseren Reihen vielfach für unmöglich gehalten wurde, ist ihm gelungen. Es hat sich zum Herrn der Lage aufgeworfen.“ Über den Moskauer Aufstand im Dezember 1905 urteilte er: „Der passive Widerstand durch Massenstreiks und friedliche Demonstrationen hat sich namentlich im ‚heiligen‘ Moskau, der alten Hauptstadt des Reiches, zum aktiven Kampfe, zum Angriff gesteigert. Die Revolution stieg auf die Straße und suchte mit der Flinte und dem Revolver zu erreichen, was ihr bisher durch den passiven Widerstand noch nicht zu erreichen gelang. Die Straßenkämpfe, die das alte Moskau in den christlichen Feiertagen erlebte, wobei Proletarierblut in Strömen floss, gehören mit zu dem Großartigsten, was die Geschichte an dauernder, opfermutiger Hingabe für ein großes Ideal kennt. Und in diesen heroischen Kämpfen standen die russischen Frauen ... in Massen in den vordersten Reihen und schlugen ihr Leben in die Schanze, um der Revolution den Sieg zu erringen ... Die Beteiligung der Frauen an den Straßenkämpfen wird ein Faktor von weltgeschichtlicher Bedeutung, der in den revolutionären Kämpfen der Zukunft als typische Erscheinung wiederkehren wird.“ Bebel hob die internationale Ausstrahlung der Revolution hervor. Die „große französische Revolution erschütterte ganz Europa und wälzte es mehr oder weniger um“, erst recht „müssen Revolutionen, in denen das moderne Proletariat seine historische Rolle übernimmt, noch in weit höherem Grade internationale Wirkungen ausüben.“⁴⁹

Bei der Umsetzung der Lehren der Revolution erweist sich Bebels Haltung als widersprüchlich.⁵⁰ Die Lehren der Revolution und die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland beim Übergang zum Imperialismus erforderten die Anwendung neuer Kampfmittel, für die sich die Linken einsetzten. Bebel wollte aber auf jeden Fall offene Zusammenstöße mit dem Herrschaftsapparat vermeiden, als deren Folge ein neues Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung zurückwerfen würde. Er erhoffte ein weiteres rasches Anwachsen der Arbeiterbewegung auf dem bisher erprobten Weg. Vor allem ging es ihm bei der Frage des politischen Massenstreiks um eine gemeinsame Haltung von Partei und Gewerkschaften, die sich dem neuen Kampfmittel widersetzen. Auf dem Parteitag im September 1905 in Jena fanden sein Referat über den politischen Massenstreik und die von ihm vorgeschlagene Resolution die Unterstützung der Linken. In dem Referat stellte er unter anderem fest: „Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß.“⁵¹ Die beschlossene Resolution erklärte sich unter bestimmten Bedingungen, besonders bei politischer Entrechtung der Arbeiterklasse durch die Herrschenden, für die Anwendung des Massenstreiks.

Im Oktober 1905 befürwortete Bebel, dass die opportunistischen Redakteure des „Vorwärts“ abgesetzt wurden und linke Kräfte, an der Spitze Rosa Luxemburg, an ihre Stelle traten. Es ging Bebel dabei auch um eine ausführliche Berichterstattung über die Ereignisse in Russland. Rosa Luxemburg schrieb dazu am 6. Oktober 1905 an Leo Jogiches: Bebel „ist natürlich derjenige, der jetzt diese ganze Reform macht; er brennt vor heißem Verlangen, den ‚Vorwärts‘ auf unseren Leisten umzugestalten, und hat sich in den Kopf gesetzt, daß ich das schaffen kann.“⁵² Auch die Gründung der sozialdemokratischen Parteischule, die am 15. November 1905 eröffnet wurde, trieb Bebel unter dem Eindruck der russischen Revolution voran.

Im Verlauf des Jahres 1906 wich Bebel aber in der Massenstreikfrage vor der Gewerkschaftsführung zurück. Auch bei anderen Schlussfolgerungen, die die Linken aus den Kämpfen in Russland und aus den zugespitzten Klassengegensätzen in Deutschland zogen, stand Bebel nicht voll an ihrer Seite. Er wollte den politischen Massenstreik nicht bei Auseinandersetzungen im Kaiserreich als Vorbereitung der Werktätigen für künftige revolutionäre Kämpfe einsetzen, auch nicht bei den Wahlrechtskämpfen 1910. Bebel betrachtete das Vordringen der Reformisten mit Unbehagen, unterschätzte aber ihren bereits erreichten Einfluss. Doch stellte er auf dem Parteitag 1906 in Mannheim fest: „... wir haben immer erklärt, dass Revolutionen von oben, von den herrschenden Klassen gemacht werden, die den berechtigten Wünschen des Volkes nicht nachkommen ... Diejenigen, die da meinen, Deutschland sei infolge des Volkscharakters der Deutschen für alle Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gefeit, die irren sich gewaltig.“⁵³ Das bewahrheitete sich 1918. Mit seiner Auffassung, dass das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der sozialen Revolutionen sein wird,⁵⁴ stand Bebel durchaus nicht allein, und dieses Jahrhundert hat ja gewaltige Veränderungen für die Völker gebracht.

Gegen Militarismus und Krieg

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ – Das war die Richtschnur von August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Kampf gegen das militaristische Preußentum, seit sie 1867 Abgeordnete des Norddeutschen Reichstags wurden, dem Eroberungskrieg 1870/71 ihr Nein entgegenstellten und dann gegen die fortschreitende Militarisierung im 1871 gegründeten Kaiserreich kämpften. Diese Losung wurde im 19. Jahrhundert zum geflügelten Wort für den Protest gegen Aufrüstung, Militarisierung des öffentlichen Lebens, gegen Kriegshetze und Expansionspolitik des Deutschen Reichs. Mittels Reden im Parlament und auf Volksversammlungen, durch Schriften und Aufsätze, auf internationalen Konferenzen und Meetings prangerte Bebel diese volksfeindliche, für die Zukunft verhängnisvolle Politik an.

Was hob Bebel als wichtige Gesichtspunkte hervor?

- Sein grundsätzlicher Ausgangspunkt war der Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus. Den Militarismus kennzeichnete er als Herrschaftsinstrument nach außen und gegen die eigene Bevölkerung nach innen. Riesenprofite der Rüstungsindustrie bezahlten die Werktätigen durch indirekte Steuern. Die Militarisierung verschlang die Mittel für Volksbildung und Kultur.
- Bebel ging auf die außenpolitische Konstellation des Deutschen Reiches ein. Frankreich werde auf die militärische Rückeroberung von Elsass-Lothringen sinnen. Damit werde es – wie Marx bereits in der Zweiten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation vorausgesagt hatte –

in die Arme Russlands getrieben, was Deutschland einen Zweifrontenkrieg aufzwingt. Die ab den 90er Jahren verstärkte Flottenrüstung treibe England an die Seite der Gegner Deutschlands.

- Mit der ständigen Erhöhung der Militärausgaben und der Heeresstärke heize Deutschland das Wettrüsten an.

- Die Entwicklung der Produktivkräfte nutze die Rüstungsindustrie, um die technische Ausrüstung zu vervollkommen. Sie entwickle immer treffsichere Waffen für den Massenmord. Mit dem Übergang zum Imperialismus treibe die Kriegsindustrie die Monopolisierung voran. Sie verlange vom Staat Monopolpreise und erziele Riesenprofite. Das erhöhe die Staatsverschuldung.

- Gegenkraft gegen die drohende Kriegsgefahr könne die international vereinte Arbeiterbewegung sein, auch weil sie den Herrschenden die Furcht vor Volkswiderstand einflöße.

Schon jetzt beginnt die Presseflut zum 100. Jahrestag vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Dabei ist mehrfach zu lesen, niemand hätte damals die Ausmaße dieses Krieges erahnt. Dem ist aber nicht so! Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung warnte frühzeitig und forderte, internationale Konflikte politisch zu regeln. Schon im Jahr 1887 hielt August Bebel in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ allen vor Augen, dass der nächste Krieg ein Weltkrieg sein werde von bisher ungekannten Ausmaßen. „Der nächste Krieg – welcher bei der Konstellation der europäischen Mächte notwendig ein europäischer sein wird – wird Heeresmassen gegeneinanderrücken sehen, wie sie bisher nie die Weltbühne betraten.“ Er betonte, „daß der nächste Krieg nicht nur blutiger, sondern auch langwieriger wird als jeder seiner Vorgänger ... Die materiellen Lasten des Krieges ... werden so große und gewaltige sein, wie sie bisher auch noch nicht erfordert wurden. So gestaltet sich der nächste Krieg zu einem Unikum in seiner Art.“⁵⁵ Nur die Gefahr des Zusammenbruchs des gesamten Wirtschaftssystems halte die Herrschenden noch vor einem Krieg zurück.

Friedrich Engels, mit dem August Bebel in ständigem Gedankenaustausch stand, kennzeichnete die Situation noch drastischer. In einem Artikel im „Sozialdemokrat“ vom 15. Januar 1888 unter der Überschrift „Was Europa bevorsteht“ warnte Engels: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.“⁵⁶

In diese prophetischen Worte reiht sich auch Bebels Reichstagsrede vom 9. November 1911 ein. Aus ihr sei hier im chronologischen Vorgriff zitiert: „So wird man eben von allen Seiten rüsten und wieder rüsten ... Dann kommt die Katastrophe. Als dann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Männerblüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Felde rücken. – Aber nach meiner Überzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der *große Kladderadatsch* ... Er kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber ... Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge. (Lachen.) Seien Sie sicher: sie ist im Anzug! Sie stehen heute auf dem Punkte, Ihre eigene Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, Ihrer eigenen Staats- und Gesellschaftsordnung das Totenglöcklein zu läuten.“⁵⁷ Bei der Bebel-Würdigung zu seinem 100. Todestag wurde der erste Teil dieses Zitats mehrfach genannt – ohne Bebels Aussage vom Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Mit dem Übergang zum Imperialismus forcierte das Deutsche Reich die Aufrüstung. Einschneidende Zollerhöhungen verteuerten die Grundnahrungsmittel. Die Marokkokrise von 1905 zeigte die Leichtfertigkeit der deutschen Regierung beim Anzetteln internationaler Konflikte. Es wuchs die Verantwortung der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale, durch die Kraft der Arbeiterklasse die Herrschenden vor dem Ausbruch eines Krieges zurückschrecken zu lassen. Bebels

Handeln unter zugespitzten Bedingungen soll am Beispiel des Jahres 1907 etwas konkreter gezeigt werden.⁵⁸

Am 13. Dezember 1906 wurde der Reichstag aufgelöst, weil vor allem Sozialdemokratie und Zentrum die weiteren Gelder zur Niederschlagung des Aufstands der Herero und Nama in der deutschen Kolonie Südwestafrika ablehnten. Bei den sogenannten Hottentottenwahlen am 25. Januar 1907 war die Sozialdemokratie einer bis dahin nicht dagewesenen Hetze ausgesetzt. Das Monopolkapital finanzierte eine Hochflut an Hetzschriften und Flugblättern nationalistischen, chauvinistischen und militaristischen Inhalts bei verstärkter Kolonialpropaganda. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verbreitete allein 72 Flugblätter in 10 Millionen Exemplaren. Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft und Kriegervereine versuchten, Massen für die Weltmachtspolitik des deutschen Imperialismus zu begeistern und die Sozialdemokratie als Vaterlandsverräter darzustellen. Trotz leichter Stimmenzunahme erlangte die Sozialdemokratie bei 3 ¼ Millionen Wählern statt bisher 81 nur 43 Mandate. Das Kartell der konservativen Parteien und der Nationalliberalen Partei besaß bei gleicher Stimmenzahl 141 Mandate. Opportunisten und Revisionisten sprachen von einer Niederlage der Partei. Sie resultiere aus der Verurteilung ihrer Ansichten über eine Zusammenarbeit mit der Regierung auf dem Dresdner Parteitag 1903. Ihrem Vorschlag eines sozialdemokratischen Kolonialprogramms zur kulturellen Förderung der Eingeborenen trat Bebel mit der Ablehnung jeglicher Kolonialisierung entgegen.

Der Partei wurde eine Debatte über die Stellung zum Vaterland aufgedrängt. Dabei zerrte Gustav Noske am 27. April 1907 im Reichstag einen verhängnisvollen Ausspruch Bebels aus dessen Reichstagsrede vom 7. März 1904 hervor. Damals hatte Bebel geäußert, bei einem Angriff des Zarismus auf Deutschland und der Gefährdung der Existenz Deutschlands wären Sozialdemokraten „bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu Liebe, selbst meineten Ihnen zum Trotz“.⁵⁹ Hierauf beriefen sich die Bewilliger der Kriegskredite im August 1914. Bebels Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen auch noch im Imperialismus setzte ihn vielfältiger Kritik aus, besonders seitens der Linken. Auf Angriffe von pazifistischer Seite entgegnete Bebel, er habe sich „nie zu jenem Patriotismus bekannt, ... wie ihn die bürgerliche Welt deklariert, der stets im gegebenen Falle in Chauvinismus umschlägt; ... so oft *Deutschland in kriegerische Ereignisse* verwickelt wurde oder verwickelt zu werden drohte, ... [war] ich ein *Wortführer* derjenigen ..., die diese Vorgänge *bekämpften* und *verurteilten*.“⁶⁰

Nachdem die Budgetkommission des Reichstags am 10. Mai 1907 die neueste Waffentechnik auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog besichtigt hatte – auch Bebel –, verbreitete die bürgerliche Presse, Bebel sei nur aus Unkenntnis des deutschen Heerwesens dessen Gegner gewesen. Nun sei er „bekehrt“. Das widerspiegelt sich auch in einer Akte des sächsischen Staatsarchivs. Brigitte Seebacher-Brandt zitierte daraus ausführlich in ihrer Biographie.⁶¹ Sie übersah, dass Bebel drei Tage später im Reichstag erklärte: „Nachdem ich vor ein paar Tagen als Mitglied der Budgetkommission Gelegenheit hatte, auf dem Übungsplatz bei Jüterbog die modernen Vernichtungsmaschinen kennen zu lernen, die in einem künftigen Kriege die Hauptrolle spielen, ist erst recht ein Abscheu wider den Krieg in mir aufgelodert.“⁶²

Gegen das verstärkte Weltmachtstreben des Deutschen Reichs wollten die Linken vielfältigere Kampfmittel angewendet sehen. Einen herausragenden Beitrag dazu bildete Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“. Sie erschien im Februar 1907 und wurde rasch verboten. Karl Liebknecht knüpfte an die Prinzipien des antimilitaristischen Kampfes an, die sein Vater und Bebel im 19. Jahrhundert geprägt hatten. Er übertraf sie „jedoch durch die gründlichere Ausformung der revolutionären Positionen, durch die weite Sicht, die auch den antimilitaristischen Kampf in anderen Ländern einbezog, und durch die tiefere Analyse der neuen Erscheinungen des Militarismus seit dem Übergang zum Imperialismus.“⁶³ Nun trat Karl Liebknecht an die erste Stelle im antimilitaristischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie.⁶⁴

Die von Liebknecht geforderte spezielle antimilitaristische Agitation, besonders unter der Jugend, lehnte Bebel ab. Die Sozialdemokratie müsse den Kapitalismus als Ganzes entlarven. In Sorge um Verfolgungen für die Partei bezeichnete Bebel im Reichstag – vom preußischen Kriegsminister provoziert – die Schrift als persönliche Meinung Liebknechts. Das trug ihm in der sozialdemokratischen Presse viel Kritik ein. Aber Bebel verteidigte Karl Liebknecht, der des Hochverrats angeklagt war, am 10. Oktober 1907 vor dem Reichsgericht in Leipzig. Er betonte, Liebknechts Haltung stehe im

Einklang mit dem Erfurter Programm. Karl Liebknecht wurde zu 1 ½ Jahren Festungshaft verurteilt. Am 16. Oktober erklärte Bebel auf einer Volksversammlung in Berlin: „Der [18]72er Prozeß, der uns auf die Festung schickte, hat kolossal agitatorisch gewirkt, (Sehr richtig!) und der diesmalige hat auch großartig gewirkt. Liebknechts Ansehen ist nicht nur in den Augen seiner Freunde, sondern auch in denen seiner Gegner gewaltig gewachsen (stürmischer Beifall) durch die tapfere und geschickte Art, wie er seinen Richtern und vor allem dem Oberreichsanwalt gedient hat. (Zuruf: Der würdige Sohn des Alten!) Das ist dem grauköpfigen Oberreichsanwalt in seinem Leben noch nicht passiert, daß ihn ein Angeklagter so heimgeschickt hat wie unser Freund und Genosse Karl Liebknecht. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)“⁶⁵ So förderte Bebel die Autorität, die Liebknecht durch den Prozess gewonnen hatte, zumal Bebels Rede im „Vorwärts“ und als Broschüre in 25 000 Exemplaren veröffentlicht wurde. Bebel war Karl Liebknecht freundschaftlich-väterlich seit dessen Kindheit verbunden. Er setzte große Hoffnung auf ihn für die Zukunft der Partei.⁶⁶

Angesichts des Wettrüstens der europäischen Staaten wuchs die Verantwortung der Arbeiterklasse, einen Kriegausbruch zu verhüten. Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 beschäftigte sich intensiv mit dem Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“. Der Kongress tagte vom 18. bis 24. August 1907 mit 884 Delegierten aus 25 Ländern und fünf Kontinenten. Der von Bebel vorgelegte ausführliche Resolutionsentwurf enthielt die Grundaussagen der revolutionären Sozialdemokratie zu dieser Frage. Er endete mit der Forderung an die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter, „alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder, falls ein solcher dennoch ausbrechen sollte, für seine rasche Beendigung einzutreten“.⁶⁷ Angesichts der Wichtigkeit dieses Tagesordnungspunktes wurde die Endfassung eingehend diskutiert. Eine spezielle Kommission beriet darüber vier Tage. Vertreter mehrerer Länder brachten Zusatzvorschläge ein, wodurch Bebels Vorlage wesentlich erweitert wurde. In dem von Rosa Luxemburg, Lenin und Martow eingereichten Antrag bereicherte der vierte Änderungsvorschlag die Resolution entscheidend. Der – oft zitierte – Schlussspassus lautete nun: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“⁶⁸ Auch hinter diesem Zusatz stand Bebel mit seiner internationalen Autorität. Das Internationale Sozialistische Büro schlug dem Kongress vor, „um den Wert der Annahme dieser Resolution durch eine machtvolle Demonstration zu unterstützen, diese Resolution ohne Diskussion per Akklamation anzunehmen“. Das geschah einstimmig. „Stürmischer langanhaltender, sich vielfach wiederholender Beifall“ vermerkt das Protokoll. Die Resolution wurde zur Richtschnur der revolutionären Sozialdemokraten bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Sorgenvoller Lebensabend

Vom Oktober 1907 bis Ende 1909 musste sich Bebel wegen Herzschwäche weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Auch in den Folgejahren war er vielfach zum Pausieren gezwungen. Der Parteivorstand um Friedrich Ebert und Hermann Molkenbuhr stellte ihn oft vor vollendete Tatsachen, die er missbilligte. Bei Bebel wuchs die Sorge um die Partei, in der Reformisten an Boden gewannen.

Hinzu kamen persönliche Schicksalsschläge. Am 22. November 1910 verlor er seine geliebte Julie. Am 31. Januar 1911 verstarb Paul Singer.⁶⁹ Bebels Schwiegersohn Ferdinand Simon fiel am 4. Januar 1912 seiner Streptokokken-Forschung zum Opfer.⁷⁰ Tochter Frieda versank in Depressionen. Wegen ihres Selbstmordversuchs musste Bebel am 1. März 1912 von Berlin nach Zürich eilen. Er hatte sich seinen Lebensabend anders vorgestellt.⁷¹

Bebel entglitt die Führung der Partei nun völlig, auch angesichts häufig auftretender Herzattacken. Zwar war er für die Partei weiterhin tätig, aber er konnte nicht lenkend und organisierend eingreifen. Dadurch befand er sich 1912/1913 immer stärker im Zwiespalt: „Es ist ein scheußlicher Zustand, eingreifen zu wollen und doch vor dem Kampf zurückschrecken zu müssen“, schrieb er am 29. Juli 1913 an Kautsky.⁷²

Die verbleibende Kraft konzentrierte Bebel auf zwei ihm am Herzen liegende Vorhaben. Zum einen setzte er gegen vielfältige Widerstände – auch seitens Victor Adlers und Karl Kautkys – die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Karl Marx und Friedrich Engels durch.⁷³ Zum anderen vermittelte Bebel in seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben“ das Werden und Wachsen der revo-

lutionären Sozialdemokratie im Kampf gegen das junkerlich-großbourgeoise militaristische Kaiserreich.⁷⁴ Aus dem Entwicklungsweg der Partei verdeutlichte er als Lehre, dass die Arbeiterklasse einer revolutionären, einheitlich handelnden Partei bedarf, um ihre Ziele zu erreichen. Dabei durchdachte er nochmals den Weg, den er gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht an der Spitze der Arbeiterbewegung durchschritten hatte. Er kam zu dem Schluss, „daß die Politik und Taktik Lassalles und diejenige Schweitzers auf der ganzen Linie unterlegen und der Marxismus und die von uns in organisatorischer und politischer Beziehung vertretene Taktik einen Sieg auf der ganzen Linie erfochten [hat] und seit Jahrzehnten bis heute die maßgebende in der Partei geblieben ist.“⁷⁵

Ein Höhepunkt in Bebel's letztem Lebensjahr war der Außerordentliche Internationale Sozialistenkongress in Basel am 24. und 25. November 1912. Zum Abschluss des Kongresses wurde Bebel vom Internationalen Sozialistischen Büro zu einer Rede gedrängt. Minutenlange stürmische Ovationen brachten die Vertreter aus aller Welt ihrem greisen Vorkämpfer dar. Bebel äußerte sich überzeugt, dass angesichts der Drei- und Vierbünde europäischer Staaten „*der Einbund der Arbeiter der Welt*, die große allgemeine Internationale, sich rüstet, den Kampf mit allen Feinden aufzunehmen“, besonders gegen jene, die die Völker „zu dem männermordenden, menschenverachtenden, alles zerstörenden Kriege zu begeistern trachten“.⁷⁶

Zum Schluss noch eine Bemerkung:

August Bebel würde sich wohl freuen, dass es seit dem Jahr 2010 einen August-Bebel-Preis gibt. Gestiftet wurde er von Günter Grass. Verliehen wird er von der durch Grass ins Leben gerufenen August-Bebel-Stiftung mit Sitz in Lübeck. Der Preis geht an Menschen, „die sich ähnlich August Bebel um die deutsche soziale Bewegung verdient gemacht haben“. Der Preis ist mit 10 000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben. Als erster Preisträger erhielt Oskar Negt 2011 den Preis im Willy-Brandt-Haus in Berlin überreicht. Dieses Jahr bekam Günter Wallraff am 22. Februar – dem Geburtstag Bebel's – den Preis für sein Lebenswerk. Denkt die Jury demnächst an eine Frauenrechtlerin? Das wäre ganz in Bebel's Sinn.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Heinrich Gemkow, Angelika Miller (Hrsg.): August Bebel – „... ein prächtiger alter Adler“. Nachrufe – Gedichte – Erinnerungen, Berlin 1990. – Urs Kälin: Begräbnis des „roten Kaisers“. Die Trauerfeierlichkeiten für August Bebel in Zürich im August 1913, in: <http://www.sozialarchiv.ch/Aktuell/OOBebel.html>. Auf diesen Artikel wies mich Eckhard Müller hin. – Vgl. zu Bebel's Lebensleistung: August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich, Berlin 1989.
- 2 Vier Personen hielten am Sarg die Totenwache. Die Zeitungen schätzen, dass 50 000 am Sarg vorbeizogen. Das erscheint mir, obwohl viele ausländische Delegationen eingetroffen waren, doch etwas zu hoch. Der Sarg wurde am 16. August kurz vor Mitternacht geschlossen.
- 3 Vgl. Volksrecht (Zürich), Extrablatt, 17. August 1913.
- 4 Die damals noch seltene Feuerbestattung entsprach der Absage an kirchliche Glaubensvorstellungen. – Die Grabstätte hatte Bebel 1910 beim Tod seiner Frau für 80 Jahre gekauft. Seit 1942 zählt sie zu den Stätten prominenter Persönlichkeiten, die die Stadt Zürich betreut.
- 5 Vgl. August Bebel: Zum 70. Geburtstag. 22. Februar 1910 [das sog. Goldene Buch]. Reprint des Unikats aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED. Nachbemerkungen von Ursula Herrmann, Berlin 1989.
- 6 Der Althistoriker und Nobelpreisträger Theodor Mommsen schrieb 1902: Die Sozialdemokratie ist „zur Zeit die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Talent ist es nicht nötig zu reden; jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopf wie Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, dass sie unter ihresgleichen glänzen würden.“ (Th. Mommsen: Was uns noch retten kann, in: Die Nation, Berlin, 20. Jg. 1902/03, Nr. 11, 15. Dezember 1902, S. 164.)
- 7 Vgl. z. B. William Harvey Maehl: Shadow Emperor of the German Workers, Philadelphia 1980. – Jürgen Schmidt: August Bebel – Kaiser der Arbeiter, Zürich 2013.
- 8 Vgl. August Bebel. Veröffentlichungen von und über August Bebel in der DDR. Bibliographie. Erarbeitet und eingeleitet von Anne Menger, Berlin 1989. – Volker Emmrich: Biographische Forschungen über August Bebel im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Manfred Lechner, Peter Wilding (Hrsg.): „Andere“ Biographien und ihre Quellen ..., Wien, Zürich 1992.
- 9 August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften (BARS): Band 1. 1863 bis 1878. Bearb. von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik, Berlin 1970, 1978², 1983³; München u. a. 1995. – Band 2. 1878 bis 1890, zwei Halbbände. Bearb. von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow unter Mitarbeit von Anneliese Beske, Marga Beyer, Wilfried Henze, Gudrun Hofmann, Ruth Rüdiger und Gerhard Winkler, Berlin 1978; München u. a. 1995. – Band 3. Reden und Schriften. Oktober 1890 bis Dezember 1895. Bearb. von Anneliese Beske, Bärbel Bäuerle, Gustav Seeber † und Walter Wittwer. Endredaktion Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1995. – Band 4. Reden und Schriften. Januar 1896 bis Dezember 1899. Bearb. von denselben, München u. a. 1995. – Band 5. Briefe 1890 bis 1899. Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 3 bis 5. Bearb. von denselben, München u. a. 1995. – Band 6. Aus meinem Leben. Bearb. von Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Wilfried Henze und Ruth Rüdiger, Berlin 1983; München u. a. 1995. – Band 7/1 und 7/2. Reden und Schriften 1899 bis 1905. Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, [München] 1997. – Band 8/1 und 8/2. Reden und Schriften 1906 bis 1913. Bearb. von denselben,

- [München] 1997. – Band 9. Briefe 1899 bis 1913. Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 7 bis 9. Bearb. von denselben, [München] 1997. – Band 10/1. Die Frau und der Sozialismus. 1. Auflage. Mit einem Geleitwort von Susanne Miller. Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1996. – Band 10/2. Die Frau und der Sozialismus, 50. Auflage, Beilagen, Anmerkungen und Register. Bearb. von denselben, München u. a. 1996..
- 10 Vgl. BARS, Bd. 1, S. 1* - 68* von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann; BARS, Bd. 2, S. 1* - 97* von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow. Die Einleitungen sind in der Neuauflage von 1995 nicht enthalten. – Vgl. auch Vera Wrona: Die theoretisch-weltanschauliche Entwicklung August Bebels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1968, Heft 3, S. 347 – 362. – Michail Nelken: Zum Beitrag August Bebels im Ringen um die Durchsetzung und Verteidigung weltanschaulich-theoretischer Grundanschauungen des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie im Verlauf von Programmdebatte und Revisionismusstreit (1891 – 1903/04). Phil. Diss. Berlin 1988. – Joachim Höppner: Nachwort [Zum Neudruck von August Bebel: Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien], Leipzig 1978, S. 253 – 304 sowie weitere Spezialuntersuchungen zu Bebel, ersichtlich aus den Literaturverzeichnissen in BARS, Bd. 1 und Bd. 2/2 – ebenfalls in der Neuauflage nicht enthalten.
- 11 Vgl. vor allem August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. Werner Blumenberg, London u. a. 1965. – August und Julie Bebel, Briefe einer Ehe. Hrsg. Ursula Herrmann, Bonn 1997. – August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. Karl Kautsky Jr., Assen 1971. – Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky ... Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954. – BARS, Bd. 1, Bd. 2/2, Bd. 5 und Bd. 9.
- 12 Bebels Erinnerungen gehören zu jenen Büchern, die 1933 auf dem Platz gegenüber der Humboldt-Universität verbrannt wurden. Der Platz trägt jetzt seinen Namen. Nach dem Sieg über den Faschismus erschien in Ostberlin bereits 1946 eine Neuauflage der drei Teile in jeweils 100 000 Exemplaren. Seit 1964 sind sie in einem Band zusammengeführt. Für die Ausgabe in den „Ausgewählten Reden und Schriften“ wurden die von Bebel zitierten Dokumente und Briefe – soweit das möglich war – mit den Originalen verglichen und wenn notwendig korrigiert. Auf diesem überprüften Text basierten dann auch die Separatausgabe des Dietz Verlages Berlin 1988 sowie im Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger Bonn die erste ungekürzte Ausgabe von 1986 „Mit einer Einleitung von Brigitte Brandt“ und die Auflage von 1997.
- 13 Bebels Auseinandersetzung mit dem ADAV strich die erste in der BRD nach 1945 erschienene Ausgabe von Bebels Erinnerungen einfach weg, ebenso sein Bekenntnis zur Pariser Kommune und seine Verbundenheit mit Marx und Engels. Vgl. August Bebel: Aus meinem Leben, Hrsg. W. G. Oschilewski, Berlin (West), Hannover (1958).
- 14 BARS, Band 6, S. 274.
- 15 Vgl. Wolfgang Schröder: Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier. Ein Fragment. Hrsg. von Renate Dreßler-Schröder und Klaus Kinner, Berlin 2013. – Vgl. auch Wadim Tschubinski: Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973. – Raymond H. Dominick III: Wilhelm Liebknecht and the Founding of the German Social Democratic Party, University of North Carolina, 1982.
- 16 Vgl. Jutta Seidel: Wilhelm Bracke. Vom Lassalleaner zum Marxisten, Berlin 1966; Berlin 1986².
- 17 Vgl. Friedrich Pospiech: Julius Motteler. Der „rote Feldpostmeister“, Esslingen 1977, 1998².
- 18 Vgl. Ursula Reuter: Paul Singer (1844 – 1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004, 674 Seiten. – Vgl. auch Heinrich Gemkow: Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Auswahl aus seinen Reden und Schriften, Berlin 1957.
- 19 Vgl. August Bebel. Eine Biographie, Berlin 1963. Autoren waren Horst Bartel, Rolf Kuntzsch, Horst Schumacher, Gustav Seeber, Kurt Stenkewitz, Heinz Wolter. – Im gleichen Jahr erschien auf Russisch Nikolai Ovcarenko: : Avgust Bebel'. Kratkij ocerk žizni i dejatel'nosti, Moskau 1963. Zu Bebel-Biographien vor 1945 vgl. Ernst Schraepler: August-Bebel-Bibliographie. Hrsg. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1962, S. 125 – 142.
- 20 Vgl. Heinrich Gemkow: August Bebel, Leipzig 1969; zweite überarbeitete Auflage Leipzig 1986. – Eine Bild- und Dokumentenbiographie verfasste auch Helmut Hirsch, mit anderer Konzeption. Vgl. Helmut Hirsch: August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, mit einem Geleitwort von Willy Brandt, Köln/Berlin 1968. – Derselbe: August Bebel. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, überarb. Neuauflage, Reinbek bei Hamburg 1988. Zum 75. Todestag wurde Bebel eine Ausstellung gewidmet in der Staatsbibliothek Berlin (West). Vgl. Ilse Fischer/Werner Krause: August Bebel. 1840 – 1913. Ein Großer der deutschen Arbeiterbewegung. Katalog zu einer Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Köln 1988.
- 21 Vgl. August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich, Berlin 1989 (im Folgenden: Biographie). Die Autoren waren Rolf Dlubek, Volker Emmrich, Hartmut Henicke, Wilfried Henze, Ursula Herrmann und Eckhard Müller. Die Auflage betrug 8000 Exemplare.
- 22 Vgl. Geschichtskorrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, Nummer 2/19. Jg., April 2013, S. 3 – 11. – Marxistische Blätter, 4/2013, S. 75 – 83.
- 23 Demokratisches Wochenblatt, 14. August 1869.
- 24 August Bebel: Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Correspondenz“, in: BARS, Bd. 1, S. 72, 73.
- 25 Vgl. Brigitte Seebacher-Brandt: August Bebel. Kündler und Kärner im Kaiserreich, Bonn 1988. Sie verzichtete auf Zitatbelege. – Ihr setzt Francis L. Carsten seine Auffassung entgegen in seinem Buch „August Bebel und die Organisation der Massen“, Berlin 1991.
- 26 August Bebel: Staatliche Lohnregulierung und die sozialreformerischen Bestrebungen der Gegenwart. Artikel in der „Neuen Zeit“, Januar 1886, in: BARS, Bd. 2/1, S. 317/318. Vgl. auch die Einleitung, Bd. 2/1, S. 32* - 50*.
- 27 BARS, Bd. 2/1, S. 464.
- 28 Vgl. Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender deutscher Arbeiterfunktionäre [Redaktion: Ursula Herrmann (Leitung), Wilfried Henze und Gudrun Hofmann], Berlin 1977.
- 29 Vgl. August Bebel: Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem. Artikel in der „Neuen Zeit“, in: BARS, Bd. 7/2, S. 405 – 431. – Derselbe: Rede und Resolution über die Taktik der Partei zu den Reichstagswahlen, zur Vizepräsidentenfrage und zu den revisionistischen Bestrebungen, in: Ebenda, S. 470 – 501. Vgl. auch Biographie S. 564 – 585.
- 30 Vgl. August Bebel: Referat über die Stellung zur Budgetbewilligung. 16. September 1908, in: BARS, Bd. 8/2, S. 432 – 448. Vgl. auch Biographie, S. 665 – 669.

- 31 Vgl. August Bebel: Zur badischen Budgetbewilligung. Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg. 20. September 1910, in: BARS, Bd. 8/2, S. 462 – 490. Vgl. auch Biographie, S. 678 – 691.
- 32 Vgl. August Bebel: Referat und Resolution über die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellung der Partei, 10. und 13. Oktober 1899, in: BARS, Bd. 4, S. 444 – 512, Zitat S. 447. – Vgl. auch Biographie, S. 498 – 522.
- 33 Vgl. vor allem August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. Karl Kautsky Jr., Assen 1971.
- 34 Vgl. Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996. Dort auch zu den unterschiedlichen Auffassungen der beiden.
- 35 Vgl. vor allem Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1974. – Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994.
- 36 August Bebel: Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage ..., in: BARS, Bd. 7/2, S. 429 – 430.
- 37 August Bebel: Sozialdemokratische Bibliothek. Rezension der Schriftenreihe im „Sozialdemokrat“, 19. November 1885, in: BARS, Bd. 2/1, S. 292.
- 38 Vgl. zum Einfluss der Pariser Kommune auf Bebels Denken und Handeln: Biographie, S. 127 – 140.
- 39 BARS, Bd. 1, S. 150.
- 40 Vgl. August Bebel: Für die Pariser Kommune. Rede in der Disputation mit dem Nationalliberalen Bruno Sparig ..., 10. März 1876, in: BARS, Bd. 1, S. 321 – 340. Die Disputation wurde als Broschüre verbreitet. Vgl. Biographie, S. 178 – 180. Dort auch Verweise auf weitere Bezüge zur Kommune in Schriften Bebels.
- 41 Vgl. August Bebel: Größe und Grenzen der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Rezension von [Prosper Olivier] Lissagarays „Geschichte der Commune von 1871“ in der „Zukunft“, 1. Mai 1878, in: BARS, Bd. 1, S. 507 – 518, Zitat S. 510. Vgl. Biographie, S. 189 – 191.
- 42 Bebel sprach in Lichtenberg-Friedrichsberg. Vgl. Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg in Protokollen und Berichten, Berlin 2011, S. 88.
- 43 Vgl. BARS, Bd. 7/2, S. 834.
- 44 BARS, Bd. 6, S. 436 – 454. Es ist einer der längsten Abschnitte des Buches. Zitat S. 436.
- 45 Vgl. Biographie, „Parteinahme für die Revolution in Russland 1905“, S. 609 – 622. Siehe dort die Quellenbelege für die folgenden Darlegungen.
- 46 Vgl. Biographie, S. 618/619.
- 47 August Bebel: Rezension zu „Die russischen Kämpfe um Recht und Freiheit“ von Michail von Reusner ..., in: BARS, Bd. 7/2, 790, 791, 792.
- 48 Vgl. BARS, Bd. 7/2, S. 784 – 787, Zitat S. 786.
- 49 BARS, Bd. 8/1, S. 7, 9/10.
- 50 Vgl. im einzelnen Biographie, „Unter dem Eindruck der Revolution 1905/06“, S. 622 – 645.
- 51 BARS, Bd. 7/2, S. 834.
- 52 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 2, Berlin 1972, S. 184. – Vgl. Annelies Laschitzka, Im Lebensrausch, S. 215 – 234.
- 53 BARS, Bd. 8/1, s. 65.
- 54 Vgl. August Bebel in Berlin an die „New York Call“ zum nationalen Frauentag in den USA, 3. Februar 1910, in: BARS, Bd. 9, S. 187. Die Zeitung gab dem Brief die Überschrift: „Ein Gruß zum Frauentag – von August Bebel“. In der bisherigen Literatur oft als Brief Bebels an Hermann Schlüter bezeichnet. – Das Zitat lautet: „Das 20. Jahrhundert ist mehrfach als das Jahrhundert der Sozialreform bezeichnet worden. Ich betrachte es als das Jahrhundert der sozialen Revolution, in dem die letzten Reste menschlicher Unfreiheit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden.“
- 55 August Bebel: Der nächste Krieg in Zahlen ..., Juni 1887, in: BARS, Bd. 2/1, S. 362, 363, 364.
- 56 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 21, S. 350/351. Es handelt sich um einen Vorabdruck aus Engels' Einleitung zur Schrift von Sigismund Borkheim: Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806 – 1807, Hottingen-Zürich 1888. Die Publikation erschien als Band XXIV der Schriftenreihe „Sozialdemokratische Bibliothek“.
- 57 BARS, Bd. 8/2, S. 576.
- 58 Vgl. Biographie, S. 645 – 661.
- 59 August Bebel: Zur Vaterlandsverteidigung. Rede im Deutschen Reichstag zum Haushaltsetat 1904, in: BARS, Bd. 7/2, S. 599.
- 60 Neue Hamburger Zeitung, 29. November 1907. So in der Biographie, S. 653. Ohne Hervorhebungen in BARS, Bd. 9, S. 138: August Bebel in Berlin an August Forel in Zürich, 29. Oktober 1907, nach der Zeitung „Volksrecht“, 4. November 1907. – Vgl. unter gewissem Vorbehalt Werner Jung: August Bebel. Deutscher Patriot und internationaler Sozialist. Seine Stellung zu Patriotismus und Internationalismus, Pfaffenweiler 1986.
- 61 Vgl. Seebacher-Brandt, „Der Besuch bei der Truppe“, S. 326 – 328.
- 62 BARS, Bd. 8/1, S. 238/239.
- 63 Zitat aus der Biographie, S. 651.
- 64 Vgl. Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 121 – 139.
- 65 August Bebel: Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie, Berlin 1907, in: BARS, Bd. 8/1, S. 325/326.
- 66 Bebel schrieb am 10. November 1908 an Liebknecht, der in der Festung Glatz inhaftiert war: „Wir brauchen tüchtigen Nachwuchs. Leider ist derselbe rar. Du bist der Einzige, auf den ich meine Hoffnung setze.“ BARS, Bd. 9, S. 164.
- 67 BARS, Bd. 8/1, S. 252; im Kongressprotokoll auf Seite 85/86.
- 68 Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Resolutionstext S. 64 – 66, Zitat S. 66.
- 69 Bebels Gesundheitszustand erlaubte ihm nicht, an der Beisetzung seines engsten Freundes teilzunehmen.
- 70 Vgl. Ursula Herrmann: Ferdinand Simon (1862 – 1912), Arzt und Bakteriologe in Zürich, Schwiegersohn August Bebels, Freund von Carl und Gerhart Hauptmann, in: Züricher Taschenbuch 1996. Neue Folge, Zürich 1995, S. 221 – 270.

- 71 Bebel musste seine Tochter wegen Wahnvorstellungen zeitweise in eine psychiatrische Klinik geben. Bei seinen Besuchen spielten sich herzerreißende Szenen ab. An Karl Kautsky schrieb Bebel am 8. Oktober 1912: „So wird das bisschen geistige und physische Kraft, das man noch besitzt, zermürbt und aufgerieben für nichts. Ich hatte mir das Ende anders vorgestellt.“ (August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, S. 315.) Der Briefwechsel Bebels mit Karl und Luise Kautsky spiegelt auf vielfache Weise wider, wie stark Bebel die Schicksalsschläge bedrückten. An Victor Adler hatte er am Todestag seines Schwiegersohns geschrieben: „Das stürzt alles in meinen alten Tagen auf mich herein, als wollte es mich mit Gewalt zugrunde richten.“ (Victor Adler: Briefwechsel, S. 544.)
- 72 August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, S. 357. Vgl. auch Biographie, S. 718.
- 73 Die vier Bände erschienen im September 1913 unter dem Titel „Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx. 1844 bis 1883, hrsg. von A. Bebel und Ed. Bernstein“. Beide waren von Friedrich Engels als Testamentsvollstrecker eingesetzt worden. Vgl. Biographie, S. 719 – 722.
- 74 Vgl. Biographie, S. 728 – 738.
- 75 August Bebel an Karl Kautsky, 16. Juni 1913, in: Briefwechsel, S. 344.
- 76 Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 40, 41. – BARS, Bd. 8/2, S. 622, 623.

Prof. Dr. Heinz Karl

August Bebel, das Eigenlob der SPD und ihre Rolle im Jahre 1933

Es war kennzeichnend für August Bebel – Ursula Herrmann hat das konkret und überzeugend dargelegt -, dass er sowohl in seiner praktisch-politischen als auch in seiner theoretischen und publizistischen Arbeit konsequent davon ausging,

- dass die sozialistische Partei als *Klassenorganisation* der Arbeiterklasse handelt;
- dass sie eine *revolutionäre* Partei ist, die durch die grundlegende Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse die bürgerliche Gesellschaft und ihre Staatsordnung beseitigt;
- dass sie im Rahmen dieses Ringens den konkreten, realistischen Kampf um Tagesforderungen und Reformen führt – jedoch nicht als „Revolutionersatz“ betrachtet, ebenso wenig wie die parlamentarische Arbeit als *Ersatz* der Massenaktion.

Die heutige SPD kann mit diesem historischen Bebel, dem revolutionären Marxisten, Verfechter des *wissenschaftlichen* Sozialismus (und darum höchst aktuellen Bebel) selbstverständlich wenig anfangen – gelinde gesagt -, denn er verlangt das gerade Gegenteil dessen, was sie seit 99 Jahren, seit dem 4. August 1914, tut. Deshalb legt beispielsweise der Vorsitzende ihrer Historischen Kommission, Bernd Faulenbach, den Akzent einseitig auf seine „demokratisch-republikanischen Positionen“, sein „pragmatisches, gegenwartsbezogenes Handeln“, die – wie er behauptet – sich ständig im Widerspruch mit dem „vom Gedanken einer politischen Mission erfüllt[en]“, „revolutionäre Erlösungshoffnung“ hegenden „Künder des Zukunftsstaates“ und „seiner intransigenten Linie“¹ befunden hätten.

Im Gegensatz dazu wird die Politik der SPD als Regierungspartei seit 1918, die einen klaren Bruch mit allen Grundauffassungen August Bebels darstellt, als eine zu Stolz berechtigende und zu einer politischen Führungsrolle prädestinierende Erfolgsgeschichte hochstilisiert. „Sie war die wichtigste Verfassungspartei der Weimarer Republik“, schreibt Faulenbach, und war „am Ende nahezu die einzige Partei, die die Republik gegen den Ansturm der NS-Bewegung, der KPD und der anderen Feinde der Demokratie verteidigte.“² Faulenbach (und ähnlich Peter Brandt und Detlef Lehnert³) versäumt nicht, die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die Reichstagsfraktion der SPD am 23. März 1933 und die sie begründende Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels hervorzuheben als „eine große symbolische Handlung, die nicht nur die Ehre der SPD, sondern auch die des deutschen Parlamentarismus rettete“⁴. Aus gutem Grunde aber unterlassen sie es, diese Rede konkret zu analysieren sowie die Zusammenhänge und Hintergründe dieser Vorgänge auszuleuchten.

Dies sei im Folgenden nachgetragen, weil es ein bezeichnendes Licht auf die dubiose und alles andere als widerständige Politik der SPD-Führung im Jahre 1933 wirft, viel über das Wesen der SPD aussagt und darüber, wie weit sie sich von August Bebel und seinem Vermächtnis entfernt hat.

Massen gegen Hitler

Einige Stichworte zur Situation ab Ende Januar 1933. Am 29. Januar warnte die KPD vor der Bildung einer Hitler-Regierung und wiederholte ihr Einheitsfrontangebot vom 20. Juli 1932. Noch am 30. Januar rief sie zu Proteststreiks und -demonstrationen auf und appellierte an die SPD, die freien und die christlichen Gewerkschaften, gemeinsam den Generalstreik gegen die faschistische Regierung durchzuführen. Am 28. Februar und 14. März richtete sie erneut Einheitsfrontangebote an den Parteivorstand der SPD.

Vor allem: *Es waren Massen in Bewegung* – auf den Straßen und in vielen Betrieben. Am 30. Januar und in den darauffolgenden Tagen fanden Protestkundgebungen in Berlin, Hamburg, Köln, München, Leipzig, Dresden, Breslau, Chemnitz, Frankfurt a. M., Hannover, Braunschweig, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Wuppertal, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Halle/Saale, Mainz, Stettin, Lübeck, Weißenfels, Zeitz, Kaiserslautern, Eßlingen, Konstanz, Eilenburg, Saalfeld, Worms, Mössingen (Württemberg) *und vielen anderen Orten* statt, die zum Teil in Gegendemonstrationen und Straßenschlachten gegen aufmarschierende SA übergingen.

Gestreikt wurde u. a. in Hamburg, Stuttgart, Lübeck, Staßfurt und Mössingen, in den folgenden Wochen u. a. in Hannover, Hagen, Hagen-Haspe, Wuppertal, Solingen, Gevelsberg, Kiel, Bad Kreuznach, Waldkirch und Hohenlimburg. Diese Streiks fanden statt, obwohl die SPD-Führung und die mit ihr konformen Gewerkschaftsinstanzen *sich mit allen Kräften gegen ihre Auslösung stemmten*.

Widerstand gegen die faschistische Diktatur äußerte sich auch in der Tatsache, dass bei den Betriebsrätewahlen im März und April 78,3 % der Stimmen für die Freien Gewerkschaften und die RGO abgegeben wurden, was die Hitler-Regierung veranlasste, sie bis Ende September „auszusetzen“.

Diese Situation widerspiegelte mit aller Deutlichkeit auch Hitlers erste Kabinettsitzung am 30. Januar, als Hitler, Seldte, Papen, Blomberg, Neurath und Schwerin-Krosigk ihre ernste Besorgnis über einen möglichen Generalstreik zum Ausdruck brachten und sich deshalb ganz entschieden gegen Hugenbergs Forderung nach einem sofortigen Verbot der KPD wandten.⁵

SPD-Führung sieht die Kampfbereitschaft ...

Auch die SPD-Führung war sich dieser Einstellung der Massen sehr wohl bewusst. In der Sitzung des Parteivorstandes mit Vertretern der Reichstagsfraktion und des ADGB am 30. Januar drang Siegfried Aufhäuser darauf, nicht mehr abzuwarten, sondern „eine Parole heraus[zugeben]. ... Nach draußen müßte es sichtbar erscheinen, daß wir zu dem Abwehrkampf bereit seien. Wir dürften ihn nicht den Kommunisten überlassen, sonst würden die Arbeiter in den Betrieben den Kommunisten folgen.“⁶ Auch in der Sitzung des Parteiausschusses mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der Eisernen Front am 31. Januar informierte der amtierende ADGB-Vorsitzende Peter Graßmann (Leipart war erkrankt) über die Streikbereitschaft in Betrieben.⁷

In der Sitzung des Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB am 5. Februar berichtete der Parteivorsitzende Otto Wels: „Aus den Betrieben kämen immerzu Anfragen, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit niedergelegt werden sollte.“ Man wirke *beruhigend*, „die Diskussion in den Betrieben über die Einheitsfront sei aber sehr stark. ... es bestände die Gefahr, daß ... der Stein ins Rollen käme. ... daß die Arbeiter nicht mehr zu halten seien“.⁸ Sein Mitvorsitzender Arthur Crispian hatte den Eindruck, „daß die Entschlossenheit und Kraft sehr gestiegen sei“⁹. Der Berliner Bezirksvorsitzende Franz Künstler meinte: „Mit jeder Maßnahme der Hitler-Regierung wachse in den Arbeiterkreisen der Widerstand“ und stellte „die Frage, ob wir die Arbeiter immer weiter zurückhalten sollten, wenn sich die Stimmung steigere und sie schließlich den kommunistischen Parolen Folge leisteten.“¹⁰

Diese Einsichten wurden verbunden mit der *Befürchtung*, dass eine große außerparlamentarische Aktion, zum Beispiel ein Generalstreik, nicht mehr zu *kontrollieren* wäre.¹¹ So meinte Rudolf Hilferding: „Es wäre doch nicht damit zu rechnen, daß ein Generalstreik einen so friedlichen Verlauf nehme wie der beim Kapp-Putsch. Es müßte doch schon in den ersten Stunden mit dem Bürgerkrieg gerechnet werden.“¹²

... aber wiegelt ab, „hält sich bereit“ und hofft ...

Obwohl die SPD-Führung sich also über die Kampfbereitschaft breiter Massen völlig im Klaren war, verhielt sie sich – wie am 20. Juli 1932 – abwartend und passiv. Ihr Zentralorgan erklärte am Nachmittag des 30. Januar: „Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie *mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit*. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun ...“¹³

Diese Haltung bekräftigte am nächsten Tage ein Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Er sprach von der Hitler-Regierung als „einer reaktionären großkapitalistischen und großbäuerlichen Konzentration“ (nicht einer faschistischen Diktatur!) und betonte: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. ... Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten“, würde auf „äußersten Widerstand“ stoßen. „Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten.“ Der Aufruf unterstellte also Hitler, Papen (dem Putschisten vom 20. Juli 1932!), Göring und Co. eine *verfassungsmäßige* Haltung, angesichts derer man nicht zu *handeln*, sondern sich „bereitzuhalten“ habe. Auf das immer stärkere Verlangen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Basis nach Aktionen wurde so reagiert, dass entsprechendes Handeln als äußerst schädliches „undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust“¹⁴ diffamiert wurde. Der Aufruf enthielt (im Unterschied zu den Aufrufen der KPD) *kein* Angebot an andere politische Richtungen.

Auch im Parteiausschuss der SPD am 31. Januar begründete der Referent, Rudolf Breitscheid, diese Positionen. „Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer ... verfassungsmäßige[n] Rechtsregierung.“ Es gelte „gerüstet zu sein für den Moment, wo Hitler von der Demokratie abweicht.“ Man traue seinen Augen nicht: Hitler am 31. Januar 1933 auf dem *Boden der Demokratie!* Außerparlamentarische Aktionen wie Streiks seien sehr riskant, weil man die Kontrolle über sie verlieren könne. „Von Verhandlungen mit den Kommunisten mit dem Ziel der Einheitsfront verspreche ich mir nicht viel“ – für die Veröffentlichung *korrigiert*: „verspreche ich mir nichts“.¹⁵ Diese Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung.

Was bewog die SPD-Führung zu einer solchen abwartenden, ja nachgerade *abwiegeln*den Haltung? Am stärksten ins Auge fallend sind legalistische Illusionen, gepaart mit Anpassungstendenzen. So, wenn der amtierende ADGB-Vorsitzende Peter Graßmann am 31. Januar sich gegen Aktionen – von ihm demagogisch stigmatisiert als „verfrühtem, unzweckmäßigem politischen oder gewerkschaftlichen Vorpellen“ – mit dem Argument wendet, dann „tastet man eventuell die Gewerkschaften selbst an, nimmt die Führer in Schutzhaft, beschlagnahmt die Häuser und Kassen“¹⁶. (Dieses Argument hatte schon am 4. August 1914 erhalten müssen, um SPD und Gewerkschaften vor den kaiserlichen Kriegskarren zu spannen.) Entsprechend dieser Linie leitete der Bundesvorstand des ADGB am 21. März Hitler eine Erklärung zu, in der die Mitarbeit im faschistischen Staate angeboten wurde. Am 19. April rief der Bundesvorstand zur Teilnahme an den faschistischen „Maifeiern“ auf. Die Folgen dieses opportunistischen, verblendeten Verhaltens zeigten sich am 2. Mai.

Trotz dieses Kapitulationskurses der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer kam es am 1. Mai in Berlin, Hamburg, im Ruhrgebiet, am Niederrhein, in Mitteldeutschland, Sachsen, Thüringen und Württemberg zu Gegendemonstrationen.

Den gleichen verhängnisvollen Trugschluss zog Otto Wels am 5. Februar: „Wenn ein Generalstreik käme, wäre ja an Wahlen nicht zu denken.“¹⁷ Eben *dieser* (opportunistischen, defätistischen) Weisheit letzten Schluss formulierte dann Ernst Heilmann auf der berüchtigten, den politischen und moralischen Selbstmord bedeutenden Reichskonferenz der SPD am 19. Juni 1933: „Wir müssen den Faden der Legalität weiterspinnen, solange er weitergesponnen werden kann.“¹⁸

SPD-Führung sucht Kompromiss mit Hitler

Diese Tendenz des Ausweichens vor dem Kampf und der Anpassung führte bis zu direkten Kooperations-Offerten an die Hitler-Regierung. Am 14. März verstieg sich Otto Wels vor dem Parteiausschuss der SPD zu den folgenden Überlegungen: „So wenig, wie das neue Kabinett in sich homogen ist, so wenig ist die Leitung der Nationalsozialisten in sich homogen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie ein starker Aktivposten in der deutschen Auslandspolitik war, und es ist ohne Frage, daß die deutsche Sozialdemokratie und die Organe ihrer Bewegung ein Aktivposten jeder deutschen Regierung im Auslande sein können. Es fragt sich nur, ob die neue Regierung den Aktivposten für sich nutzbar machen wird. Vorderhand drängen sicher-

lich die wilden Männer, und man wird es momentan nicht wagen, die Sozialdemokratie in dieser Weise noch mehr einzusetzen.“¹⁹

Genau in diesem Sinne *eröffnete* Otto Wels neun Tage später seine Stellungnahme zum Ermächtigungsgesetz mit dem Satz: „Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.“²⁰ Damit waren bereits die Weichen für die Zustimmung zur faschistischen Außenpolitik am 17. Mai gestellt. In die gleiche Richtung ging es, wenn er – bezugnehmend auf die gespielte Entrüstung Hitlers über angebliche ausländische „Greuelpropaganda“ – selbst von „Übertreibungen“²¹ sprach (nach fast acht Wochen brutalsten Terrors!) und damit all denen, die sich für die Solidarität mit den vom deutschen Faschismus Verfolgten einsetzten, in den Rücken fiel.

Doch Hitler antwortete ihm voller Hohn: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt! ... Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), sind nicht mehr benötigt!“²²

Hitlers Diffamierung der Zugehörigkeit der SPD zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale beantwortete Wels mit seinem Austritt aus dem Büro der SAI. Schließlich stimmte am 17. Mai die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gemeinsam mit der Nazipartei und den anderen bürgerlichen Parteien der außenpolitischen Regierungserklärung Hitlers zu. Einer der SPD-Abgeordneten, der spätere bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, erinnert sich: „Da brach ein Beifallssturm bei den anderen Parteien los. Selbst Hitler schien einen Augenblick bewegt. Er erhob sich und klatschte uns Beifall zu. Der Reichstagspräsident Göring erklärte großartig: ‚Das deutsche Volk ist einig, wenn es sein Schicksal gilt.‘ ... Dann fingen die Abgeordneten der Rechten das Deutschlandlied zu singen an. Viele in unseren Reihen sangen mit. Einigen liefen die Tränen über die Wangen.“²³

So einfallsreich und geschmeidig die SPD-Führung in ihrem Bemühen war, einen *modus vivendi* mit der Hitler-Regierung zu finden, so unverrückbar ablehnend blieb – auch in diesen Wochen – ihre Haltung gegenüber der KPD. Schon in der Sitzung am 30. Januar hatte der Referent Breitscheid konstatiert: „Eine Verständigung von Partei zu Partei erscheint unmöglich.“²⁴ Am nächsten Tage hatte er dies – wie bereits ausgeführt – bekräftigt. Jedes Eingehen auf die wiederholten kommunistischen Verständigungsvorschläge (und das mit ihnen konforme Drängen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Basis) würde – so Hilferding am 2. Februar im Parteivorstand – „eine große taktische Gefahr für uns bedeuten“²⁵, nämlich den eingeschlagenen Stillhalte- und Anpassungskurs konterkarieren.

Das Fazit

dieser Vorgänge ergibt, dass es sich keineswegs – wie es auf den ersten Blick scheinen mag – um zufällige, zusammenhanglose Erscheinungen von Ratlosigkeit, Panikreaktionen in Zwangslagen und dergleichen handelt, sondern um eine klare strategische Linie. Sie hatte zwei Hauptaspekte:

Erstens die unbedingte Verhinderung jeder Massenaktion. Zum einen, weil man befürchtete, sie nicht beherrschen zu können. Zum anderen, weil man nicht weniger fürchtete, dann durch die Massen und die eigene Parteibasis zur *grundsätzlich abgelehnten* Einheitsfront mit der KPD gedrängt zu werden.

Zweitens das Streben nach einem Kompromiss mit Hitler und der Nazipartei. Für die Aufrechterhaltung der Legalität war man bereit, einen politischen Preis zu zahlen.

Diese Linie wurde von Otto Wels am 14. März vor dem Parteiausschuss unwidersprochen entwickelt und auch in seiner Reichstagsrede zum Ermächtigungsgesetz signalisiert. Das Verhalten der Reichstagsfraktion am 17. Mai und das Agieren der Reichskonferenz im Juni entsprachen dieser Orientierung und realisierten sie.

Anmerkungen

1 Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, (München 2012), S. 18, 25, 32.

2 Ebenda, S. 37.

3 Peter Brandt/Detlef Lehnert: „Mehr Demokratie wagen“. Geschichte der Sozialdemokratie 1830 – 2010, (Berlin 2013), S. 150/151.

4 B. Faulenbach: Geschichte der SPD, S. 56.

5 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 443/444.

6 Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Hrsg. u. bearb. v. Hagen Schulze, Bonn/Bad Godesberg (1975), (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4), S. 133. – Die Protokolle

des Parteivorstandes und Parteiausschusses sind in *indirekter* Rede abgefasst; bei allen Zitaten handelt es sich um die *wortgetreue* Wiedergabe des authentischen Protokolls.

7 Vgl. ebenda, S. 148/149.

8 Ebenda, S. 161.

9 Ebenda, S. 162.

10 Ebenda, S. 164.

11 Vgl. ebenda, S. 146, 161, 164.

12 Ebenda, S. 164.

13 Vorwärts, 30. Januar 1933 (Abendausgabe).

14 Vorwärts, 31. Januar 1933 (Morgenausgabe).

15 Anpassung oder Widerstand, S. 145/146, 148, 147.

16 Ebenda, S. 149.

17 Ebenda, S. 161.

18 Ebenda, S. 195.

19 Ebenda, S. 170.

20 Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode 1933, Bd. 457, Berlin 1934, S. 32 (vgl. auch Geschichtskorrespondenz, Januar 2013, S. 29).

21 Ebenda, S. 33 (vgl. auch Geschichtskorrespondenz, Januar 2013, S. 30).

22 Ebenda, S. 34 u. 36.

23 Wilhelm Hoegner: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München (1959), S. 110.

24 Anpassung oder Widerstand, S. 132.

25 Ebenda, S. 159.

Dr. Günter Wehner

Antifaschistische Aktionen junger Berliner Sozialdemokraten im Frühjahr 1933

Der Schock über den brutalen Terror des NS-Regimes sowie die Scham über die Kapitulation der SPD-Führung gegenüber der braunen Diktatur führten vor allem unter jungen Sozialdemokraten zu heftigen Diskussionen. So berichtete Hellmut Bock aus Berlin-Neukölln, dass es im Juni 1933 noch vor dem Verbot der SPD mit dem Kreisvorsitzenden der Partei in Berlin-Neukölln eine Aussprache gab über die These des SPD-Parteivorstandes, dass man die Nazis abwirtschaften lassen solle, der sich der Kreisvorsitzende der SPD anschloss. Hellmut Bock und weitere Jungsozialisten wandten sich energisch gegen diese These und forderten zum aktiven Widerstand gegen die NS-Diktatur auf. Hellmut Bock gelang es, junge Antifaschisten aus der SPD und KPD bzw. KJVD zu sammeln, die unter der Losung „Parole“ unter diesem Titel eine illegale Zeitschrift herausgaben und zahlreiche Flugblätter verbreiteten. Im Mittelpunkt der antifaschistischen Agitation der Widerständler stand der Aufruf, dass Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter gemeinsam gegen das Unrechtsregime der Hitlerregierung vorgehen sollten. Bis zum Oktober 1933 gelang es Hellmut Bock, vierzig Mitstreiter zu gewinnen, die über Berlin-Neukölln hinaus wirksam wurden.

Im September 1934 enttarnte die Gestapo die Gruppe. Hellmut Bock wurde als Hauptangeklagter im Jahre 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Strafverschärfend, führte der Staatsanwalt aus, sei die unverkennbare Absicht der Widerständler gewesen, den Sturz des NS-Regimes herbeizuführen und mitzuwirken an der Errichtung eines wahrhaft sozialistischen Staates.

Nach der Strafverbüßung blieb Hellmut Bock bis zur Befreiung am 8. Mai 1945 in KZ-Haft. Er wurde als besonders gefährlich von den NS-Schergen eingestuft.

Parallel zu der Gruppe „Parole“ wirkte der „Rote Stoßtrupp“ in Berlin und den umliegenden Ortschaften mit illegalen Druckschriften gegen das faschistische Regime in Deutschland.

Dr. Reiner Zilkenat

„Volksgemeinschaft“ ohne Widerstand? Kritische Bemerkungen zum „Volksgemeinschafts“-Theorem

Seit einigen Jahren gewinnt innerhalb der bürgerlichen Geschichtswissenschaft das „Volksgemeinschafts“-Theorem, deutlich wahrnehmbar an der Zahl einschlägiger Publikationen und wissenschaftlicher Konferenzen, eine wachsende Resonanz und Akzeptanz. Man gewinnt den Eindruck, dass es mittlerweile „zum guten Ton“ gehört, in Titeln bzw. Untertiteln von Veröffentlichungen zur Geschichte des deutschen Faschismus den Begriff „Volksgemeinschaft“ zu verwenden – unabhängig davon, ob dies im jeweiligen Falle sinnvoll erscheint.

An der Universität Osnabrück existiert seit einigen Jahren das Projekt „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ – Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort“, das über eine eigene Buchreihe, die im renommierten Schöningh Verlag erscheint und deren 4. Band soeben veröffentlicht wurde, eine website¹, einen Newsletter sowie reichlich Geld für die Finanzierung von Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie die Durchführung von Tagungen und Kolloquien verfügt.

Eine innovative Interpretation der Geschichte des deutschen Faschismus werde präsentiert, so versichern die Protagonisten dieses Theorems, von denen an erster Stelle Michael Wildt von der Humboldt-Universität zu Berlin genannt werden muss. Sie böte zugleich neuartige Möglichkeiten vergleichender Studien von zeitgleich sich vollziehenden gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im „Dritten Reich“ der Faschisten mit denen anderer Länder, z. B. in Schweden oder Großbritannien. Auch hier habe der Begriff „Volksgemeinschaft“ einen hohen Stellenwert in der politischen Auseinandersetzung wie als Umschreibung für die angestrebten sozialen Zustände besessen.

Gleich zu Beginn sei folgende Überlegung angestellt: In jedem Falle ist für den Historiker immer dann größtmögliche methodische Vorsicht geboten, wenn Begrifflichkeiten der Nazis die Grundlage einer Analyse ihrer Politik und Ideologie darstellen sollen. Nur schwerlich können Begriffe und Parolen, die ihre spezifische Prägung in der Zeit des Faschismus erhielten – und in der Regel der Verschleierung der von den Nazis tatsächlich betriebenen bzw. angestrebten Politik dienten – heute von diesem Inhalt abgekoppelt und gleichsam unbefangen neu gefüllt werden. Das gilt besonders für die „Volksgemeinschaft“, die eine der zentralen Begrifflichkeiten der Nazis in der „Bewegungsphase“ und besonders in den zwölf Jahren darstellte, als sie an der Macht waren.

Worum geht es?

Die Frage, weshalb der Faschismus in Deutschland eine Massenbewegung werden konnte, welche weit in die Geschichte zurückliegenden und welche aus den spezifischen Existenzbedingungen der Weimarer Republik zu verortenden Ursachen hierfür genannt werden können und in welcher Beziehung sie zueinander stehen, wie es der Nazibewegung gelang, einen bedeutenden Teil des deutschen Volkes für seine Ziele zu aktivieren und zu konditionieren – das ist und bleibt eine der zentralen Probleme für alle diejenigen, die sich mit der Geschichte der faschistischen Bewegung wie des NS-Regimes befassen. Sie wurde vor allem von den antifaschistischen Kräften erörtert, die vor und nach 1933 gegen die braune Barbarei kämpften. Sie wurde nach 1945 angesichts der totalen Niederlage des Faschismus nicht zuletzt von den Kommunisten aufgeworfen, etwa im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945² und in mehreren Reden und Schriften Anton Ackermanns³, Alexander Abuschs⁴ und Walter Ulbrichts⁵, sie ist seitdem nie verstummt. Auch zukünftig wird sie aus immer neuen Blickwinkeln und von neuen Generationen gestellt und in immer neuen Varianten beantwortet werden.

Dabei ist zu beachten, dass es sich bei diesen Antworten stets um ein Politikum ersten Ranges handelt, auch wenn manch einem, der sich als Wissenschaftler oder Publizist mit dieser Thematik befasst, dies nicht bewusst sein mag. Denn die „Epoche des Faschismus“ war keineswegs, wie es Ernst Nolte einst postulierte, im Jahre 1945 beendet. Die Gefahr einer Renaissance neofaschistischer oder rechtsextremer Massenbewegungen, ja selbst die Installierung entsprechender Regime ist weiterhin denkbar und in einigen Staaten Europas eine ebenso traurige wie gefährliche Realität – man denke nur an die gegenwärtigen politischen Zustände in Ungarn oder in Griechenland.

Die wichtigsten Thesen

derjenigen bürgerlichen Historiker, die das „Volksgemeinschafts“-Theorem favorisieren, lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Erstens

Es handle sich bei ihr um die Verheißung einer von Klassenschranken, überkommenen Strukturen und tradierten Privilegien weitgehend befreiten Gemeinschaft von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, sozialem Status und Bildungsgrad, die mobilisierend auf die Wähler-, Anhänger- und Mitgliedschaft der NSDAP bereits in der Zeit der Weimarer Republik gewirkt habe. Sie war, so wird uns versichert, im Faschismus an der Macht die wichtigste Ursache für die wachsende Loyalität in der Bevölkerung gegenüber dem Regime. Wichtigstes Kriterium für die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ sei es gewesen, ein Angehöriger der so genannten arischen Rasse zu sein. Propagiert wurde das Niederreißen von Klassenschranken, die Konstituierung einer tatsächlich erlebbaren sozialen und politischen Gemeinschaft, deren sich immer stärker ausprägende Existenz in Massenkundgebungen und Aufmärschen, wie zum Beispiel bei den „Reichsparteitagen“, zelebriert wurde. Primär sollte die „rassische Abstammung“, nicht mehr der soziale Status, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, der Bildungsgrad des „Volksgenossen“ sein. Unterstellt wird nicht unbedingt die Realisierung einer solcherart definierten „Volksgemeinschaft“, wohl aber die Wirkungsmächtigkeit ihrer Projektion für die Zukunft.

Es wäre „ein Missverständnis“, so schreibt Manfred Wildt, „wollte man die Formel von der ‚Volksgemeinschaft‘ in dem Sinn als soziale Realität nehmen, als seien soziale Differenzen oder Eigentums- oder Besitzverhältnisse im NS-Deutschland eingeebnet worden. In der Verheißung, in der Mobilisierung, nicht in der Feststellung eines sozialen Zustandes lag die politische Kraft der Rede von der ‚Volksgemeinschaft‘. Aus heutiger Perspektive besteht der analytische Wert dieses letztlich amorphen Leitbegriffs des Nationalsozialismus darin, dass er wie kein zweiter die Freisetzung sozialer Schubkräfte nach 1933 und die Mobilisierung der deutschen Bevölkerung zu erklären vermag, will man diese Prozesse nicht allein den Zwangsmechanismen der NS-Diktatur zuschreiben.“⁶

Und an anderer Stelle heißt es vom selben Autor: „In dieser analytischen Perspektive bildet ‚Volksgemeinschaft‘ keine fest gefügte soziale Formation, sondern wäre vielmehr als soziale Praxis zu untersuchen. Anscheinend Abhängige werden nach diesem Verständnis zu Akteuren, die zugleich Subjekte wie Objekte sind, die Erfahrungen der Ohnmacht, des Ausgeliefertseins an Obrigkeiten, Gewalthaber und ökonomische Zwänge machen, gleichzeitig jedoch diese Erfahrungen in jeweils spezifischen, unterschiedlichen oder sogar widersprüchlichen Aneignungsweisen modifizieren, ja sie in widersetzliche Praxis münden lassen können.“⁷

Zweitens

Die „Volksgemeinschaft“ war in Theorie und Praxis durch die Inklusion und Exklusion bestimmter Gruppen der Bevölkerung charakterisiert.⁸ Ausgeschlossen wurden alle diejenigen, die nicht in das Bild einer so genannten rassereinen Gemeinschaft, einer Gemeinschaft von Menschen „deutschen Blutes“ passten: Dies galt vorrangig für Juden, aber auch für Sinti und Roma. Die Exklusion vollzog sich administrativ, auf dem Gesetzes- und Verordnungswege und durch die Anwendung physischer Gewalt, besonders gegen Juden. Am Ende stand die Organisation der Shoah. Die „Volksgemeinschaft“ definierte sich zuvörderst antisemitisch und rassenbiologisch, betroffen waren allerdings ebenso die „Gemeinschaftsfremden“: So genannte Asoziale und Berufsverbrecher, Homosexuelle, Bettler und „Arbeitsscheue“. Ihnen drohte die Einweisung in Arbeits- und Konzentrationslager.

Drittens

Das Verständnis der NS-Gesellschaft als „Volksgemeinschaft“ erlaube vergleichende Studien zu angeblich ähnlichen gesellschaftlichen Konzeptionen in der Zeit der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre, etwa in Schweden („Volkshem“) oder Großbritannien („People’s war“, „Bunkergemeinschaft“ in der Zeit der Bombenangriffe der faschistischen Luftwaffe). Allen Ernstes werden vermeintliche Identitäten oder Ähnlichkeiten bei der Beschreibung gesellschaftlicher Zustände oder von durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Ausnahmesituationen in nichtfaschistischen Staaten mit der sozialen Realität im Hitlerfaschismus verglichen.

Da heißt es zum Beispiel: „Der Bunker war beides: der Versuch zur Verlagerung sozialer und nachbarschaftlicher Bindungen ‚unter die Erde‘ und damit zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung sozialer Beziehungen im Ausnahmezustand – und Teil einer zu Mobilität gezwungenen Gesellschaft im Luftkrieg, in der Bunkeraufenthalte gleichsam ‚Transiträume‘ waren, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Erfahrungszusammenhänge zusammengewürfelt die Nächte überstehen mussten.“⁹ Zum Glück fällt dem Autor dieser Zeilen – Dietmar Süß – am Ende Folgendes ein: „Im Gegensatz zur NS-Diktatur verfügte die britische Gesellschaft trotz Zensur und ‚Notstand‘ weiterhin über öffentliche Räume, in denen über Formen und Strategien der Pazifizierung sozialer Konflikte gerungen wurde.“¹⁰ Der überraschende Befund des Autors am Ende seiner Studie lautet, dass dort, in den Luftschutzbunkern in Großbritannien, „wo es antisemitische Untertöne und offenen Rassismus gab, es die staatlichen Institutionen waren, die ... öffentlich den Gerüchten widersprachen und an den Traditionen der Rechtspraxis aus der Vorkriegszeit festhielten.“¹¹

Vergleiche zwischen dem faschistischen Deutschland und bürgerlich-demokratischen Staaten finden vornehmlich auf der Ebene des Alltäglichen statt – sei es in der Vorkriegszeit, sei es in den Jahren des zweiten Weltkrieges. Der Erkenntniswert vergleichender „Volksgemeinschaftsforschung“ scheint sich im bereits Bekannten und im Banalen zu erschöpfen.

Erkenntniszuwächse sind dabei nicht in Sicht. Dies betrifft umso mehr Vergleiche zwischen dem faschistischen Deutschland und dem sozialstaatlich ausgerichteten und sozialdemokratisch regierten Schweden, in dem zwar der Begriff „Volksgemeinschaft“ verbreitet war, aber einen gänzlich anderen Inhalt angesichts völlig anderer politischer Zustände als im faschistisch regierten Deutschland hatte und haben musste.

Vergleiche beziehen sich ferner auf Äußerlichkeiten – etwa bei der Architektur im Italien Mussolinis, in Hitlerdeutschland und in bürgerlich-demokratischen Staaten oder bei der Organisation und propagandistischen Ausschlichtung von Großbauten.¹² Wesen und Erscheinungsform einer Sache werden miteinander verwechselt bzw. als identisch angesehen.

Zurück zu den Aufgaben des „Volksgemeinschafts“-Theorems bei der Interpretation der Geschichte des deutschen Faschismus. Michael Wildt will einer Antwort auf die beiden zentralen Fragen näherkommen, die letztlich alle beschäftigen, die sich mit der Geschichte der braunen Barbarei befassen: „Welche Verhältnisse, welche Akteure waren notwendig, damit die Nationalsozialisten erfolgreich die Macht erobern und behalten konnten? Wie wurden die ungeheuren Verbrechen dieses Regimes möglich?“¹³ Doch die Antworten auf diese Fragen führen aufgrund der theoretischen und methodischen Insuffizienz des „Volksgemeinschafts“-Theorems in die Irre. Die

Kritik an den Protagonisten dieser mit hohem terminologischen Aufwand betriebenen Konzeption

möchte ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – wie folgt zusammenfassen:

Erstens

Der erste Einwand ist methodischer Art und klang in den einleitenden Bemerkungen bereits an. Es ist sehr problematisch, ja inakzeptabel, Begriffe aus dem Arsenal der Nazis einer Analyse und Bewertung ihrer Politik zugrunde zu legen. Es handelt sich schließlich nicht um Worte, sondern um Begriffe, die, wie im vorliegenden Fall, einen spezifischen, eben faschistischen Inhalt besitzen. Völlig zutreffend bemerkte hierzu jüngst Manfred Weißbecker: „Erscheinungen charakterisieren selten ihr Wesen in Selbstbezeichnungen. Faschismus ergab sich aus den Widersprüchen dieser Gesellschaft, er stellt keinen Bruch einer von dieser Gesellschaft losgelösten ‚Zivilisation‘ dar. Ebenso wenig lassen sich die Jahre der hitlerfaschistischen Diktatur als ‚Ausnahme-Loch‘ der deutschen Geschichte oder gar als Ausfluss eines puren Hitlerismus erkennen.“¹⁴

Dass es die „Volksgemeinschaft“ auch in der Programmatik, in der Agitation und Propaganda anderer Parteien und Organisationen, zumal seit der Zeit des Ersten Weltkrieges, gegeben habe, ist ebenso zutreffend wie irreführend. Denn es muss in jedem Fall die Frage gestellt werden, ob die SPD, der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“, die Freien Gewerkschaften, die Deutsche Volkspartei oder die Deutschnationalen – um nur sie an dieser Stelle zu nennen – identische Inhalte bei ihrem Verständnis von „Volksgemeinschaft“ mit demjenigen der Nazis aufwiesen. Die Frage zu stel-

len heißt, sie zu beantworten. Eine identische Wortwahl bedeutet keineswegs eine identische Begrifflichkeit.

Zweitens

Bei der Exklusion, genauer: der Kennzeichnung derjenigen Gruppen der Bevölkerung, die aus der so genannten Volksgemeinschaft ausgeschlossen wurden, fällt auf, dass von Mitgliedern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, aber auch von anderen Deutschen, die Widerstand leisteten oder von den Nazis als potenzielle Widerständler betrachtet wurden, keine oder nur recht beiläufig die Rede ist. Sie finden offenkundig keinen Platz im „Volksgemeinschafts“-Theorem. Ihre Exklusion begann aber bereits in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1933 und endete für Hunderttausende von ihnen unter dem Fallbeil oder dem Galgen, in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern oder später – in der Zeit des Zweiten Weltkrieges – in den „Himmelfahrtkommandos“ von Strafeinheiten der faschistischen Wehrmacht. Ganz zu schweigen von Berufsverboten, periodisch vorgenommenen Vernehmungen und Haussuchungen durch die Gestapo. Ihre Exklusion aus dem Geschichtsbild der „Volksgemeinschafts“-affinen Historiker kann nur ungläubiges Erstaunen hervorrufen.

Drittens

Die mobilisierenden Wirkungen der Parole einer zu realisierenden „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ auf die deutsche Bevölkerung vor 1933 waren sehr begrenzt. Nicht sie wirkte mobilisierend, sondern – wie Hans Mommsen zutreffend schreibt – „eine sorgfältig gesteuerte, wissenschaftlich betriebene Wahlkampf-Führung, die Ablehnung des Parteiensystems als solches und – nicht zuletzt – die Beschwörung einer angeblichen Gefahr des bolschewistischen Umsturzes“. Mommsen ergänzt: „Es wäre verfehlt, den Millionen, die aus Verzweiflung über ihre materielle Lage, aus der Ablehnung eines zunehmend ossifizierten politischen Systems, das sich an den Verhältnissen der Vorkriegszeit zu messen pflegte, Hitler vorübergehend ihre Stimme gaben, für die Entwicklung zur faschistischen Diktatur verantwortlich zu machen. Die NSDAP hat bei Wahlen vor der Machtergreifung niemals mehr Wähler hinter sich zu bringen vermocht als die beiden Linksparteien zusammen. Nicht die Wahlerfolge Hitlers lösten die Krise des parlamentarischen Systems aus, sondern die Krise des parlamentarischen Systems machte den Durchbruch der NSDAP zur Massenbewegung überhaupt erst möglich. Die Verantwortung für die nationalsozialistische Machtergreifung liegt primär bei den traditionellen Eliten ...“¹⁵

Für die Zeit seit der Machtübergabe im Januar 1933 ignorieren Michael Wildt und die anderen Exponenten des „Volksgemeinschafts“-Theorems die Forschungen zum antifaschistischen Widerstand, aber auch die bahnbrechenden Publikationen des leider 1990 verstorbenen britischen marxistischen Historikers Timothy W. Mason. Er findet nur ganz am Rande, in einem Satz, eine Erwähnung. Letzterer hat in seiner bis heute maßgeblichen, unmittelbar aus den Quellen erarbeiteten Studie über „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ aus dem Jahre 1975 den Nachweis erbringen können, dass bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges die deutsche Arbeiterklasse nur bei oberflächlicher Betrachtung insgesamt pazifiziert gewesen sei.¹⁶

Zwar gab es nur vereinzelt Arbeitsniederlegungen, aber die mehr oder weniger ausgeprägte Arbeitsbummelei, so genannte Schlechtarbeit, die Weigerung relevanter Teile der Arbeiterklasse, sich an den so genannten Vertrauensrätewahlen zu beteiligen – um nur diese Beispiele zu nennen – führten zu heftigen Reaktionen des Nazi-Regimes und der kapitalistischen Betriebsleitungen. Sie bestanden unter anderem in einer Verschärfung der staatspolizeilichen Überwachungsmaßnahmen und in einer repressiven Umformung des Arbeitsrechts.¹⁷ Einige Unternehmen, wie zum Beispiel die Agfa-Werke in Wolfen, wurden initiativ beim Einsatz von Gestapo-Beamten zur besseren Überwachung ihrer Belegschaften. Unter anderem der Historiker Detlef Humann hat hierzu jüngst wichtige Beiträge veröffentlicht, die so gar nicht zum „Volksgemeinschafts“-Theorem passen wollen.¹⁸

Zum antifaschistischen Widerstand, der bei den Verfechtern des „Volksgemeinschafts“-Theorems keine oder nur eine randständige Beachtung findet, an dieser Stelle zwei kurze Bemerkungen:

Zum einen müsste dabei die herausragende Bedeutung des kommunistischen Widerstandes konstatiert werden. Die auch aktuell-politischen Implikationen dieses Eingeständnisses hat vor einiger Zeit Arnold Paucker, der Nestor der Geschichtsschreibung über den jüdischen Widerstand im „Dritten Reich“ der Faschisten und langjährige Direktor des Leo-Baeck-Instituts in London, deutlich

herausgearbeitet. Er schreibt: „Wie man es auch immer drehen oder wenden mochte, an der Tatsache, dass im gesamten europäischen Widerstand den Kommunisten entweder die führende, oder eine recht erhebliche Rolle zugewiesen werden müsste, wollte man objektive Forschung betreiben, kam man nicht herum. Da nützte es auch kaum etwas, dass die Dinge vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion doch teilweise anders gelegen hatten: mit dem kommunistischen Einfluss im Widerstand konnte man sich eben nicht befreunden. Wir begegnen hier einer ganzen Kette von Tabus und der Selbstzensur der Historiker.“¹⁹

Zum anderen hat eine seit zwei Jahrzehnten in Berlin tätige Arbeitsgruppe von Historikern mittlerweile mehr als ein Dutzend Bände mit Tausenden Biographien von Widerstandskämpfern unterschiedlicher Provenienz publiziert. Als wichtigste Ergebnisse lassen sich bisher festhalten: die Zahl derer, die Widerstand leisteten, nicht zuletzt organisierten Widerstand, ist wesentlich größer als dies noch vor zwanzig oder dreißig Jahren angenommen wurde; Widerstandsaktionen kleiner politischer Gruppierungen – etwa der Trotzlisten oder der SAP – waren zumindest zeitweilig durchaus relevant. Auch diese Organisationen verfügten über weit über die damalige Reichshauptstadt hinausweisende Netzwerke, die bis in die Schweiz, nach Frankreich und die Tschechoslowakei reichten. Ferner waren Frauen in weit stärkerem Maße am Widerstand gegen das Nazi-Regime beteiligt, als dies bislang bekannt war.²⁰

Diese Befunde werden übrigens durch eine Forschungsgruppe gestützt, die zur Zeit am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin unter der Leitung von Siegfried Mielke und Stefan Heinz den Widerstand von Metallarbeitern – sowohl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als auch des kommunistischen Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins – untersucht und die mittlerweile mehrere voluminöse Bände vor allem mit den Biographien von zahlreichen der beteiligten Widerständler publiziert hat.²¹ Gerade im Zusammenhang unseres Themas ist es wichtig hervorzuheben, dass diese Historiker die Kontinuität gewerkschaftlichen Widerstandes über die zwölf Jahre der braunen Diktatur nachweisen konnten.

Von allen diesen Forschungsergebnissen, die nicht so recht in ihr Bild passen, wollen die „Volksgemeinschafts“-Apologeten offensichtlich keine Kenntnis nehmen.

Viertens

Mein wichtigster Kritikpunkt lautet: Für die Protagonisten des „Volksgemeinschafts“-Theorems ist ferner charakteristisch, dass sie keinen Begriff von der Architektur und den Funktionsweisen der bürgerlichen Gesellschaft haben. Es gibt bei ihnen kein „oben“ und kein „unten“, keinen „Krupp“ und keinen „Krause“, keine Herrschenden und keine Beherrschten, keine Klassen und Schichten mit ihren spezifischen Interessen, keine sozialen Antagonismen, keine Klassenseinandersetzungen – nichts von alledem. Ergebnisse der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung zum deutschen Faschismus, deren Bedeutung verbal, aber nur beiläufig anerkannt wird, werden konzeptionell nicht in die eigene Interpretation des Nazi-Regimes, in das „Volksgemeinschafts“-Theorem, integriert.

Stattdessen – so scheint es – gilt das Motto: „Wir kennen keine Klassen mehr, wir kennen nur noch die ‚Volksgemeinschaft‘.“ Die „Volksgemeinschaft“ wird somit hinterrücks von einer bloßen „Verheißung“ zur scheinbaren Realität befördert.

Ist dies nicht folgerichtig, da man sich faschistischer Propagandaformeln anstatt wissenschaftlich abgeleiteter Begrifflichkeiten bedient?

Die soziale Realität stellte sich für die Arbeiterklasse keineswegs als „Volksgemeinschaft“ dar. Hierzu fand der Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Dr. Mansfeld 1942 im kleinen Kreis diese offenen Worte: „Die deutsche Lohnpolitik verzichtete auch von vornherein auf ein allzu enges Junktum von Lohn und Preis, nahm also nicht jede Preissteigerung zum Anlass einer Lohnverbesserung, sondern nahm unter Umständen sogar umgekehrt eine Verschlechterung des realen Lohnes dann in Kauf, wenn die Preissteigerung aus übergeordneten Gründen der Gesamtpolitik geboten war. (...) Der Aufbau der deutschen Wehrmacht und Wirtschaft wurde unter Verzicht auf die Erfüllung mancher lohnpolitischer Wünsche erfüllt, weil die Theorie des Klassenkampfes überwunden wurde, weil keine Lohnkämpfe mit einem Verlust von Arbeitsstunden das Tempo der Arbeit verlangsamten, weil fast alle Unternehmer und Arbeiter anerkennen, dass sie in einem Boot sitzen, dessen Kentern nicht die Rettung des einen, sondern den Untergang aller bedeuten würde.“²² So viel zur Realität der „Volksgemeinschaft“ für die Arbeiterklasse aus der Sicht eines kompetenten Funktionärs des Naziregimes.

Fünftens

Aus den eben angeführten Defiziten folgt, dass die Politik der ökonomisch Herrschenden bei der Hervorbringung des Nazi-Regimes überhaupt keine Rolle spielt. Es stehen die faschistische Partei und der faschistische Staat im Zentrum der Untersuchungen, vor allem die Repressionsapparate, nicht die Handlungen der Unternehmer und ihrer Interessenverbände bei der zielgerichteten Zerstörung der Weimarer Republik und der politischen wie materiellen Förderung der Nazipartei, nicht ihre Rolle als Unternehmer in ihren Betrieben und in der Gesellschaft, wo sie nach der Machtübertragung an die Faschisten von gewerkschaftlichen Einflüssen endlich befreit und als „Führer ihres Betriebes“ ihre jetzt „Gefolgschaft“ genannte Belegschaft herumkommandieren konnten. Vor allem wird ihre aktive und oft initiierende Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse in Betrieb und Gesellschaft beschwiegen. Über ihre aktive Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung des faschistischen Eroberungskrieges, vor allem im Osten und Südosten Europas, wird der Mantel des Schweigens gedeckt. Natürlich ist in diesem Zusammenhang von den zahlreichen „Kriegsziel-Denkschriften“ aus den Vorständen großer Konzerne keine Rede.

Die einschlägigen Publikationen von Historikern aus der DDR, aber auch von progressiven Autoren aus der „alten“ BRD, die derartige Zusammenhänge beleuchteten, werden übergangen. Mit flotten Sprüchen, die der Mottenkiste konservativer Historiker aus der Zeit des Kalten Krieges entnommen sind, versucht zum Beispiel Michael Wildt, sich aus der Affäre zu ziehen: „Nun waren die orthodox-marxistischen Studien, die in der damaligen DDR herauskamen, in der Tat wissenschaftlich nicht viel wert; das NS-Regime wurde, in einer gleichfalls nationalen Sichtweise, strikt ideologisch als terroristisches Herrschaftssystem des Monopolkapitals gegen die revolutionäre Arbeiterklasse gedeutet. Ebenso erstarrte die westdeutsche Studentenbewegung ihrerseits in einem orthodoxen Marxismus und verstand Horkheimers Satz, dass wer vom Kapitalismus nicht spreche, vom Faschismus schweigen solle, mehr als politische Kampfansage an das universitäre Establishment denn als wissenschaftliche Herausforderung. Ihre Schriften zum Nationalsozialismus erwiesen sich zumeist als fade Aufgüsse marxistischer Phraseologie.“²³

Selbstverständlich ist ein solches Verhalten ebenso ignorant wie bequem. Umgeht man doch auf diese Weise die geistige Auseinandersetzung mit den besonders seit Ende der sechziger Jahre publizierten, aus den Akten erarbeiteten und zunehmend differenzierter argumentierenden Studien von Geschichtswissenschaftlern aus der DDR zur Geschichte des deutschen Faschismus vor und nach dem 30. Januar 1933. Genannt seien an dieser Stelle lediglich Joachim Petzold²⁴ und Kurt Pätzold²⁵, Manfred Weißbecker²⁶ und Dietrich Eichholtz²⁷, Wolfgang Schumann²⁸ und Gerhart Hass²⁹, Lotte Zumpe³⁰ und Kurt Gossweiler³¹, deren Publikationen auch international Beachtung fanden.

Die Arbeiten, die speziell zur Lage der Arbeiterklasse und zur Politik der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront mit dem Ziel, möglichst viele Arbeitende entgegen deren Interessenlage, möglichst dauerhaft zu beeinflussen, veröffentlicht worden sind, dürfte Michael Wildt nie gelesen haben: Genannt seien an dieser Stelle nur Fritz Petricks materialreiches Buch zur Lage der Arbeiterjugend³², die Dissertation von Elke Reuter über die Aktivitäten der NSBO³³ und die Studien von Reinhard Giersch³⁴ und Jochen Eckhardt³⁵ zur faschistischen Sozialpolitik und zur „Deutschen Arbeitsfront“ im Jahrbuch für Geschichte.

Hinzugefügt werden muss: Es geht auch um die arrogante Außerachtlassung von Forschungsergebnissen linker Wissenschaftler aus der „alten“ BRD, die in den siebziger und achtziger Jahren einige überaus bedeutsame Veröffentlichungen zur Geschichte des Faschismus vorgelegt haben. Stellvertretend seien hier angeführt: Reinhard Opitz (Europa-Strategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945³⁶); Reinhard Kühnl (Die nationalsozialistische Linke³⁷); Manfred Asendorf (Hamburger Großkaufleute, Keppler-Kreis und die Machtübertragung an die Nazis³⁸); Eike Hennig (mehrere Bücher und zahlreiche Aufsätze zur Wirtschaftsgeschichte des Faschismus³⁹); vor allem die Beiträge Dirk Stegmanns im „Archiv für Sozialgeschichte“⁴⁰, der Zeitschrift „Gesellschaft – Beiträge zur Marxschen Theorie“ und in mehreren Sammelbänden, der aus den Akten – auch solchen aus Konzernarchiven – die Mechanismen bloßlegte, mit deren Hilfe Großindustrielle Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht schoben.

Insgesamt – auch das sollte an dieser Stelle Erwähnung finden – stellt das „Volksgemeinschafts“-Theorem auch einen Rückfall hinter die Erkenntnishöhe zeitgenössischer sozialdemokratischer Autoren dar, wie z. B. Ernst Fraenkel⁴¹, Franz L. Neumann⁴² oder Otto Kirchheimer⁴³, die üb-

rigens – im Zusammenhang der von Michael Wildt so geschmähten Marx-Rezeption – in der Zeit der Studentenbewegung breit rezipiert wurden.

Sechstens

Nicht begriffen wird die Trias von „Terror“, „Ideologie“ und „Korrumpierung“. Bei diesem Dreigestirn faschistischer Politik kam stets dem Terror und der Angst Vieler, ihn bei „abweichendem Verhalten“ oder Widerstandshandlungen direkt zu spüren zu bekommen, die Priorität zu. Es reichte aus zu wissen, welche Verhaltensweisen zum Verlust der Arbeit, zu Verhören und Folgerungen bei der Gestapo, zur Einweisung in ein Gefängnis oder ins Konzentrationslager führen würden, um so die Zahl derer, die Widerstand leisteten, von vornherein zu begrenzen. Die so genannte Volksgemeinschaft der Faschisten war bei Licht besehen eine „Angstgemeinschaft“, die das gewünschte Verhalten gegenüber der Politik der Nazis durch die Androhung von Terror zu erreichen vermochte.⁴⁴

Siebtens

Terror allein hätte jedoch nicht die Funktionsfähigkeit des faschistischen Regimes garantieren können. Wir kommen deshalb zu einem zentralen Kritikpunkt an der Konzeption der „Volksgemeinschafts“-Protagonisten. Buchstäblich alle Maßnahmen des Staates und seiner Bürokratien, der Partei und ihrer Gliederungen sowie der Unternehmen sind primär als ausgerichtet auf einen kommenden totalen Krieg zu interpretieren, den Erich Ludendorff in seinem 1935 erstmals veröffentlichten gleichnamigen Buch skizzierte. Es ging um eine besser vorbereitete Neuauflage eines „Griffs nach der Weltmacht“ durch den deutschen Imperialismus. Der Krieg – das war der Ausgangs- und Ziel- punkt mehr oder weniger aller Handlungen der Faschisten seit dem 30. Januar 1933. Ohne dies zu beachten, ist keine realistische Sicht auf die „Volksgemeinschafts“-Parole und einzelne Maßnahmen der Nazi-Sozialpolitik möglich, die erst aus dem traumatischen Erlebnis vom November 1918 erklärt werden können.

Immer wieder kamen Adolf Hitler und Joseph Goebbels sowie andere Exponenten des deutschen Faschismus darauf zu sprechen. So erklärte der Berliner Gauleiter der NSDAP und Reichspropagandaminister in einer Ansprache auf einer Massenkundgebung im Lustgarten am 29. September 1938: „Wir sind der Meinung, dass ein solches Problem (gemeint die sog. Sudetenfrage – R. Z.) nicht allein mit der Diplomatie gelöst werden kann; hinter die Lösung eines solchen Problems (gemeint der Krieg – R. Z.) muss sich ein geeintes Volk stellen. Wir haben unser Volk rechtzeitig zu einer solchen Gesinnung erzogen, und die Welt irrt sich sehr, wenn sie glaubt, es könnte bei uns ein zweites Mal eine Katastrophe wie am 9. November 1918 eintreten (Stürmische Rufe: Niemals!).“ Und weiter: „Unser Volk hat in diesen fünf Jahren eine grandiose Wandlung durchgemacht. (...) Es ist nicht mehr das Volk vom November 1918.“⁴⁵

Vor dem Beginn eines erneuten Angriffskrieges – so lautete die Erfahrung des deutschen Imperialismus – muss die Arbeiterbewegung, müssen alle potenziell oppositionellen politischen Kräfte durch die Anwendung von Terror ausgeschaltet werden. Es durfte keine zweite Auflage der Januarstreiks von 1918, keine erneuten Meutereien in der Marine, keine legal, wenn auch unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes wirkende Arbeiterbewegung geben – auch keine reformistische. Ein zweiter November 1918 musste mit allen Mitteln von vornherein unmöglich gemacht werden. Deshalb der systematische Terror, deshalb aber auch eine Prise Sozialpolitik, um die Loyalität der für die Fronten und den Einsatz in der Kriegswirtschaft vorgesehenen Arbeiter zum faschistischen Regime zu erreichen oder sie zumindest politisch zu neutralisieren.

Bereits im Mai 1919 formulierte der Erste Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, Generalleutnant Wilhelm Groener, in einem Vortrag die veränderte Aufgabenstellung für einen erneuten, noch in einiger Ferne liegenden „Griff nach der Weltmacht“: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muss man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik treiben, sondern man muss restlos Machtpolitik treiben. Dazu gehört aber, dass der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen, fest und unerschütterlich bleibt. (...) Wir haben meines Erachtens für unsere Zukunft alles gewonnen, wenn ... unsere Jugend die politischen Führer findet, die, den Forderungen der neuen Zeit Rechnung tragend, die alte törichte deutsche Parteibildung beseitigen. (...) Dann sehe ich nicht ein, weshalb wir nicht wieder vorwärtskommen sollten ...“⁴⁶

Ich komme zum Schluss: In den letzten Jahren haben drei groß angelegte Interpretationsangebote zur Geschichte des deutschen Faschismus ihre Konjunkturen gehabt bzw. haben sie weiterhin:

1. Götz Alys These von der „Wohlfühlidiktatur“, die gleichsam egalitäre, „sozialistische“ Zustände herbeigeführt hätte.⁴⁷

2. Hans-Ulrich Wehlers Sicht auf den deutschen Faschismus als „charismatische Herrschaft“ Adolf Hitlers.⁴⁸ Und schließlich

3. das soeben skizzierte „Volksgemeinschafts“-Theorem.

Es handelt sich dabei um durchaus unterschiedliche Konzeptionen, die jeweils *einen* Aspekt, *eine* Seite des faschistischen Herrschaftssystems unangemessen hervorheben, ihn überhöhen und verallgemeinern:

Götz Aly die unbestreitbare Tatsache, dass in Kriegszeiten nicht wenige Deutsche auf Kosten der besetzten Länder lebten; Hans-Ulrich Wehler die zentrale Rolle, die Adolf Hitler für die Herstellung von Massenloyalität gegenüber dem faschistischen Herrschaftssystem spielte; Michael Wildt die Wirkung demagogischer Verheißungen einer zu errichtenden, scheinbar egalitären „Volksgemeinschaft“ für die Hoffnungen vieler Deutscher nach sozialem Aufstieg und der Konstituierung einer weitgehend egalitären Gesellschaft.

Am Ende bleibt die Erkenntnis, dass auch, ja gerade der Faschismus an der Macht in seinem Kern eine kapitalistische Gesellschaft war, eine kapitalistische Gesellschaft, die mit Terror nach innen und Aggressionen nach außen ihre Daseinsberechtigung in der Vorbereitung und Durchführung eines zweiten „Griffs nach der Weltmacht“ begriff. Worum es sich hier handelte, war ein beispiellos aggressiver und menschenverachtender Imperialismus. Die „Volksgemeinschaft“ – sie war Camouflage und nichts anderes.

Anmerkungen:

- 1 Siehe www.foko-ns.de. Hier werden auch die angesprochenen Veröffentlichungen im Schöningh Verlag, der Newsletter und andere Materialien im Einzelnen aufgeführt. Wir verzichten daher an dieser Stelle auf Einzelnachweise.
- 2 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1959, S. 14 ff.; Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/1946), Berlin 2009, S. 44 ff.
- 3 Siehe z. B. die folgenden Ausführungen Anton Ackermanns: Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. 19. und 20. April 1946, Berlin 1946, S. 104 ff.
- 4 Siehe Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, 2. Aufl. Berlin 1947. Interessanterweise kam der konservative Historiker Friedrich Meinecke zeitgleich zu ganz ähnlichen Befunden wie Abusch hinsichtlich der Ursachen der Entstehung der Nazibewegung und der Errichtung des faschistischen Regimes: Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
- 5 Siehe z. B. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. II: 1933 – 1946, 4. Aufl., Berlin 1955, S. 426 ff.; derselbe: Der faschistische deutsche Imperialismus 1933 – 1945. Die Legende vom „deutschen Sozialismus“, Berlin 1945, 3., durchgesehene Aufl. 1952.
- 6 Michael Wildt: Einleitung, in: Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr u. Michael Wildt, Frankfurt am Main 2008, S. 8 f.
- 7 Derselbe: „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort an Ian Kershaw, in: Zeithistorische Forschungen, Heft 1/2011 (<http://www.zeithistorische-forschungen.de> (letzter Aufruf: 24. 1. 2012)).
- 8 Diese Erkenntnis erscheint uns wenig innovativ, sondern seit dem Beginn zeitgeschichtlicher Forschung zum NS-Regime common sense zu sein. Allerdings wurden bislang für die damit umschriebene Politik der Nazis, wenn ich es richtig sehe, nicht die wohlklingenden Begriffe „Inklusion“ und „Exklusion“ gebraucht. Zur zeitgenössischen Behandlung dieser Thematik siehe z. B. Bert Brecht: Plattform für die linken Intellektuellen, in: derselbe: Schriften zur Politik und Gesellschaft 1919 – 1956. Redaktion: Werner Hecht, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1977, S. 238: „Der nationalsozialistische Versuch der Einigung schließt in sich die Vernichtung, Ausschaltung oder Unterwerfung jener Menschengruppen, welche die nationale Geschlossenheit beeinträchtigen, der Juden und der Arbeiter.“
- 9 Dietmar Süß: Der Kampf um die Moral im Bunker. Deutschland, Großbritannien und der Luftkrieg, in: Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft im Nationalsozialismus, S. 130.
- 10 Ebenda, S. 142.
- 11 Ebenda, S. 143.
- 12 Siehe hierzu vor allem Wolfgang Schivelbusch: Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933 – 1939, Frankfurt am Mai 2008.
- 13 Michael Wildt: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S.16.
- 14 Manfred Weißbecker. Krise und Faschismus. Autoritäre Krisenbewältigung und das faschismusfördernde bürgerliche Parteienwesen am Ende der Weimarer Republik, in: Marxistische Blätter, Heft 1/2013, S. 20.
- 15 Hans Mommsen: Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, München 2001, S. 164.
- 16 Siehe Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 – 1939, Berlin 1975. Hierzu die anregende Rezension von Lotte Zumppe: Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1979/Teil IV, S. 165 ff.
- 17 Zu letzterer Thematik siehe auch Ernst Fraenkels zum ersten Mal 1941 publizierte, bis heute wegweisende Untersuchung: Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Frankfurt a. M. 1984. Siehe aus der Fülle der Literatur u. a. die beiden grundlegenden Arbeiten von Rüdiger Hachtmann: Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Ar-

- beitsbedingungen in Deutschland 1933 – 1945, Göttingen 1989, S. 30 ff.; Wolfgang Zollitsch: Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990, S. 210 ff.
- 18 Siehe Detlef Humann: „Arbeitsschlacht“, Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933 – 1939, Göttingen 2011; derselbe: Ordentliche Beschäftigungspolitik? Unterstützungssperren, Drohungen und weitere Zwangsmittel bei der „Arbeitsschlacht“ der Nationalsozialisten, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 60. Jg., 2012, H. 1, S. 33 ff. (mit weiterführenden Literaturhinweisen).
- 19 Arnold J. Paucker: Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Teetz 2003, S. 206 f.
- 20 Siehe hierzu das folgende Interview mit einem der Herausgeber und Autoren: Forschung zum Widerstand gegen das NS-Regime in Berlin. Interview mit Günter Wehner, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei, Heft 1-2/2006, S. 30 ff.
- 21 Siehe Stefan Heinz: Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“. Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010, S.286 ff.; Stefan Heinz u. Siegfried Mielke, Hrsg.: Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012.
- 22 Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 XX/62, unfol. Dr. Mansfeld, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium am 13. Januar 1942 vor dem Großen Beirat der Reichsgruppe Industrie. Mansfeld stellte allerdings in Aussicht, dass nach dem „siegreichen Krieg“ als „Dank für die deutschen Arbeiter“ eine „Neuordnung der deutschen Lohnverhältnisse in großzügigster Weise“ angestrebt werde.
- 23 Michael Wildt: Geschichte des Nationalsozialismus, S. 8 f.
- 24 Siehe Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1982; derselbe: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982.
- 25 Siehe Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933 – 1935), Berlin 1975.
- 26 Siehe Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920 – 1945, Berlin 1981.
- 27 Siehe Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945, 3 Bände, Berlin 1971 u. 1985; Dietrich Eichholtz u. Kurt Pätzold: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Berlin 1989.
- 28 Siehe Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingeleitet von Wolfgang Schumann; Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. u. eingeleitet von Wolfgang Schumann, Berlin 1975.
- 29 Siehe Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingeleitet von Gerhart Hass u. Wolfgang Schumann, Berlin 1972.
- 30 Siehe Lotte Zumppe: Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1979.
- 31 Siehe Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 – 1924, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1984; derselbe: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1988.
- 32 Siehe Fritz Petrick: Zur sozialen Lage der Arbeiterjugend in Deutschland 1933 bis 1939, Berlin 1974.
- 33 Siehe Elke Reuter: Die Politik der NSDAP zur Einbeziehung der Arbeiterklasse in den faschistischen Massenanhang (1930 bis 1934), Phil. Diss. Berlin 1976.
- 34 Siehe Reinhard Giersch: Von der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ zur „Deutschen Arbeitsfront“ 1932 – 1934, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26, 1982, S.43 ff.
- 35 Siehe Jochen Eckhardt: Deutsche Arbeitsfront, Arbeiterklasse, imperialistische Sozialpolitik in Betrieben und forcierte Aufrüstung 1936 bis 1939, in: ebenda, Bd. 27, 1983, S. 75 ff.
- 36 Siehe Reinhard Opitz, Hrsg.: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 – 1945, Köln 1977.
- 37 Siehe Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke, Meisenheim am Glan 1966.
- 38 Siehe Manfred Asendorf: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Und 21. Jahrhunderts, 2. Jg. 1987, Heft 3, S. 106 ff.
- 39 Siehe Eike Hennig: Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt a. M. 1973; derselbe: Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 1977.
- 40 Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 13, 1973, S. 399 f.; derselbe: Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933, in: ebenda, Bd. 17, 1977, S. 275 ff.; derselbe: Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929 – 1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Band 6, Frankfurt a. M. 1976, S. 19 ff.; derselbe: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland 1932 – 1934. Zum Stellenwert der Wirtschaftsprogrammatisierung der NSDAP im Prozess der Machtergreifung, in: Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlass des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth, hrsg. von Frank Deppe u. a., Marburg 1977, S. 354 ff.
- 41 Siehe Anmerkung 17.
- 42 Siehe Franz L. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1944, Frankfurt a. M. 1984 (zuerst 1944); derselbe: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 – 1954, hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978.
- 43 Siehe Otto Kirchheimer: Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung, hrsg. von Wolfgang Luthardt, Frankfurt a. M. 1976.
- 44 Hierzu zahlreiche Beispiele in den Veröffentlichungen von Detlef Humann; siehe Anmerkung 18.

45 Völkischer Beobachter, Nr. 272, 29. 9. 1938, S. 2 u. 7.

46 Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. u. eingeleitet von Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler, Berlin 1975, Dok Nr. 62, S. 165.

47 Siehe Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.

48 Siehe Hans-Ulrich Wehler: Hitlers charismatische Herrschaft – ein Manipulationsprodukt?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 7. 2011, S. 4; derselbe: Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerschaft, Verbrechen 1919 – 1945, München 2009, S. 13 ff.

Dr. Kurt Laser

Das Museum deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk

Eigentlich wollte ich nur über den Aufbau des Museums deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk im Jahre 1985 berichten, an dem Fredi Sumpf vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) und ich vom Museum für Deutsche Geschichte als Konsultanten teilgenommen haben. Ich habe nach Abschluss der Arbeiten einen Artikel für die „Neue Museumskunde“¹ geschrieben, mich danach aber nicht mehr speziell mit dieser Thematik beschäftigt. So stieß ich erst vor kurzem auf das 1996 von Gerd R. Ueberschär im Fischer-Taschenbuch Verlag GmbH herausgegebene Buch „Das Nationalkomitee Freies Deutschland und der Bund Deutscher Offiziere“. Im Klappentext ist zu lesen: „West- und ostdeutsche Historiker legen hier gemeinsam mit russischen Kollegen neueste Forschungsergebnisse vor, die den Widerstand von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR neu bewerten.“ Gegen das, was hier dargelegt wird, habe ich eine Reihe von Einwänden. Trotzdem war die Herausgabe des Buches verdienstvoll. Mit den „ostdeutschen“ Historikern ist das aber so eine Sache. Abgesehen von Paul Heider, dem letzten Direktor des Militärhistorischen Instituts der DDR in Potsdam bis 1990, wird noch Helmut Müller-Enbergs, Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR in Berlin genannt. Vom 7. bis zum 9. September 1993 fand in Moskau und Krasnogorsk eine russisch-deutsche wissenschaftlich-praktische Konferenz statt. Die Dokumente dieser Beratung gab das Museum deutscher Antifaschisten Krasnogorsk 1994 in Russisch und Deutsch heraus. Diese Publikation kenne ich nicht.

Der Sammelband von 1996 enthält auch einen Beitrag über das Museum deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk von Sabine Rosemarie Arnold, geboren 1961. Sie war damals Doktorandin an der Universität Bielefeld und seit 1991 Mitarbeiterin deutscher Rundfunkanstalten in Moskau. Sie kannte die nach der zeitweiligen Schließung des Museums 1991 neueröffnete Ausstellung und hat den Fundus des Museums deutscher Antifaschisten sowie ein unveröffentlichtes Manuskript des damaligen Museumsdirektors Arkadij Krupennikow „Auf dem Weg zur Veränderung und Erneuerung“ aus dem Jahre 1994 genutzt. Man könnte nun also meinen, dass deshalb ein weiterer Beitrag überflüssig ist. Doch Sabine Rosemarie Arnold bringt zwar einige interessante Fakten. Aber sie geht mit einer vorgefassten Meinung an die Sache heran, also so, wie das uns häufig vorgeworfen wird. Es ist aus meiner Sicht der schwächste Beitrag des Sammelbandes. Sie stellt eine Reihe von unsinnigen Behauptungen auf. So schreibt sie beispielsweise, dass unabhängig davon, ob in der UdSSR ein Museum der Oktoberrevolution gewidmet war oder einem Schriftsteller des 18. Jahrhunderts, der thematische Anlass lediglich eine untergeordnete Rolle spielte. „Wichtig war ein ums andere Mal, den Beweis zu erbringen, dass alle aufstrebenden Linien der Weltgeschichte in den Sozialismus münden“, behauptet sie.² Sie hätte sich ja nur einmal das Puschkin- oder das Majakowski-Museum in Moskau ansehen sollen. Vielleicht wäre sie dann zu einer etwas anderen Auffassung gekommen.

Arnold stellte auch die widersinnige Behauptung auf, „Juden, Zigeuner und Geisteskranke existierten im sowjetisch-ostdeutschen Geschichtsbild genau so wenig, wie Ostarbeiter und Kriegsgefangene“. Im Berliner Museum für Deutsche Geschichte war sie sicher nicht, bevor es ans DHM verschenkt wurde.

Honecker erscheint bei Arnold als „freundlicher Staatsekretär der DDR“. Man fasst sich an den Kopf, wenn man liest, dass in Krasnogorsk „Leben und Werk *aller DDR-Regierungsmitglieder*“ durch die ganze Ausstellung hindurch verfolgt werden könnten.³

Ein Zugriff auf das historische Thema „Nationalkomitee Freies Deutschland“, der sowohl für die Sowjetunion als auch für die DDR politisch interessant war, ist nicht erst, wie sie glaubt, 40 Jahre nach Kriegsende möglich geworden. Das beweisen schon die ausführlichen Hinweise auf DDR-Publikationen in anderen Beiträgen des Sammelbandes. Nach ihrer Auffassung herrschte in den 80er Jahren der Geist des Einparteiensystems noch ungebrochen. Dabei ist ihr entgangen, oder sie wollte es nicht zur Kenntnis nehmen, dass es nicht nur in der DDR, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern Mehrparteiensysteme gab.

Eine Feststellung von Arnold stimmt aber wahrscheinlich. Die Initiative für dieses Museum soll von Erich Honecker ausgegangen sein. Allerdings dürfte er sich deshalb kaum an Gorbatschow gewandt haben.⁴ Dieser war zwar zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, aber Generalsekretär der Partei war Tschernenko.

Völlig unsinnig ist dann Arnolds Feststellung, das Interesse an einem solchen Museum habe bei der DDR-Regierung darin bestanden, „den Ursprung des sozialistischen deutschen Staates in der Antifa-Schule in Krasnogorsk und damit geradezu im Herzen der Sowjetunion zu definieren.“⁵ Wahrscheinlich wusste sie nicht, dass die Gründungskonferenz des Nationalkomitees Freies Deutschland nicht in dieser Antifa-Schule, sondern im Krasnogorsker Mechanischen Werk stattgefunden hat. Nun haben wir im NKFD selbstverständlich auch nicht den Ursprung des sozialistischen deutschen Staates gesehen. Im Kommentar des „Neuen Deutschland“ zum Besuch Erich Honeckers in der UdSSR im Mai 1985 wurde formuliert, dass eine gerade Linie vom gemeinsamen Kampf aller deutschen Antifaschisten gegen das Hitlerregime über das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zur Nationalen Front der DDR führte, in der alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zusammenwirken.⁶

Wenn Arnold behauptet, die Baugeschichte des Krasnogorsker Museums zeige, dass die UdSSR eher stiefmütterlich und gleichgültig handelte, ist das eine glatte Lüge. Als ich im Februar 1985 nach Krasnogorsk kam, konnte ich mir nur schwer vorstellen, dass bis Anfang Mai hier ein komplettes Museum entstehen wird. Arnold zitiert aus dem Museumsführer, der in russischer und deutscher Sprache herausgegeben wurde: „Dank energischer Unterstützung durch Parteiorgane sowie der Ministerien für Kultur der DDR und der UdSSR konnte dieses Museum in nur wenigen Monaten geschaffen werden.“ Das ist voll zutreffend und nicht, wie sie es diffamierend ausdrückt, „offizieller Sowjetjargon“. Am 29. Dezember 1984 fasste das Politbüro des ZK der KPdSU den Beschluss, auf dem Gelände der ehemaligen zentralen antifaschistischen Schule und des Lagers für Kriegsgefangene in Krasnogorsk (Moskauer Oblast) ein Museum zum Andenken an die deutsche antifaschistische Bewegung zu errichten. Am 4. März 1985 beschloss das Ministerium für Kultur der UdSSR entsprechende Ausführungsbestimmungen. Bis zur Eröffnung standen also faktisch nur vier Monate zur Verfügung.⁷

Trotz der kurzen Vorbereitungszeit war eine umfangreiche Sammlungsarbeit sehr ertragreich. Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion und deutsche Antifaschisten, die in den Kriegsgefangenenlagern, in den Antifa-Schulen und an der Front wirkten, stellten Materialien zur Verfügung. In der 1985 eröffneten Ausstellung wurden 830 Exponate gezeigt. Davon kamen 335 aus der DDR. Es waren Fahnen, Wimpel, Orden, Medaillen, Abzeichen, Dokumente und Fotos.

Die wissenschaftliche Vorbereitung der Ausstellung lag in den Händen des Zentralen Revolutionsmuseums der UdSSR, das vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, dem Zentralen Lenin-Museum, dem Marx-Engels-Museum, dem Historischen Museum, dem Zentralen Museum der Streitkräfte der UdSSR und dem Institut für Militärgeschichte des Verteidigungsministeriums der UdSSR Hilfe erhielt. Von Seiten der DDR erfolgte die Unterstützung durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Direktors des Museums für Deutsche Geschichte Prof. Dr. Wolfgang Herbst, der Vertreter dieses Museums, des IML, des Armeemuseums der DDR in Dresden und des Militärhistorischen Instituts Potsdam angehörten.

Für die wissenschaftliche Ausarbeitung des Ausstellungsdrehbuchs war eine Arbeitsgruppe des Zentralen Revolutionsmuseums der UdSSR unter der Leitung von Leonid Babitschenko zuständig. Zu ihr gehörten die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen W. I. Strygina, S. M. Karachanjan und L. W.

Wasilkowa, die während des Krieges als Partisanin kämpften. Fredi Sumpf und ich hatten ausreichend Gelegenheit, unsere inhaltlichen Gestaltungswünsche einzubringen. Dabei waren wir offensichtlich mitunter so kritisch, dass wir von Berlin aus ermahnt wurden, künftig etwas zurückhaltender zu sein. Das ging aber nicht von den Mitarbeitern des Revolutionsmuseums aus, mit denen wir sehr gut und kameradschaftlich zusammenarbeiteten.

Dem für den Museumsbau verantwortlichen Architekten J. A. Dimitrijew gelang es, bei der Rekonstruktion des Gebäudes die äußeren Proportionen und die wichtigsten architektonischen Proportionen beizubehalten und gleichzeitig das Gebäude und der Umgebung den Charakter einer Gedenkstätte zu verleihen. Das Projekt für die architektonisch-künstlerische Gestaltung erarbeitete eine Gruppe von Künstlern des Kombinats für Formgestaltung und dekorative Kunst des Künstlerfonds der RSFSR unter Leitung des Verdienten Malers der Kirgisischen SSR W. W. Nedeshin. Die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion hielt der Künstler M. B. Woloschin in großformatigen Fotomontagen fest.⁸

Arnold stellte fest, dass im Fall des Museums in Krasnogorsk Planung und Leitung der Arbeiten beim Ministerium für Kultur der UdSSR lag. Sie hat Recht mit ihrer Vermutung, dass dieses Museum als ein politisch wichtiges Objekt angesehen wurde, und die stellvertretende Ministerin für Kultur der UdSSR T. V. Golubcova kümmerte sich kontinuierlich um den Fortgang der Arbeiten. Aber das Zentrale Revolutionsmuseum der UdSSR unterstand dem Ministerium für Kultur der UdSSR, das Staatliche Historische Museum dagegen nur dem Ministerium für Kultur der RSFSR. Das wusste die Moskauer Korrespondentin wahrscheinlich nicht. „Die DDR hatte sich die Einrichtung des Museums etwas kosten lassen“, schrieb Arnold.⁹ Das stimmt ausnahmsweise. Die SED bezahlte nicht nur den Aufenthalt der beiden Konsultanten, sondern auch der Architekten, Grafiker, Monteure, Dekorateur und Handwerker der DEWAG, die gemeinsam mit sowjetischen Kollegen die Ausstellung aufbauten. Geliefert wurden auch Vitrinen, die dann doch nicht zum Einsatz kamen. Da die Texte in Russisch und Deutsch waren, wurden auch Schreibmaschinen mit lateinischer Tastatur gewünscht. Der DDR-Außenhandel lieferte dann Maschinen mit französischer Tastatur, so dass wir zufrieden waren, als die Texte schließlich in der DDR-Botschaft geschrieben wurden. Doch einen großen Teil der Kosten trug trotz allem auch die sowjetische Seite, und zwar nicht nur die für den Umbau des Gebäudes. Das ging sogar bis zu einer so kuriosen Sache, dass die Baumstämme auf dem Zufahrtsweg der Delegationen zur Ausstellungseröffnung grün angestrichen wurden. Es gab jede nur mögliche Unterstützung. So war sofort ein Trupp von Soldaten zur Stelle, wenn Hilfe gebraucht wurde. Auch in der DDR hatte das Museum oberste Priorität. Wenn wir aus Berlin etwas haben wollten, traf es einen Tag später in Krasnogorsk ein. Das hätte ich mir manchmal für unser Museum so gewünscht.

Am Beginn des musealen Rundgangs stand ein großes Farbdia, das das von deutschen Antifaschisten über die Zeit des Faschismus hinweg gerettete Lenin-Denkmal in Eisleben zeigte. In der ersten Vitrine waren zwei Exemplare des Manifestes der Kommunistischen Partei zu sehen, ein Faksimiledruck der Londoner Erstausgabe und eine von Kugeln durchsiebte russischsprachige Ausgabe von 1937, die der Offizier der Roten Armee M. S. Semjonow in seiner Kartentasche bei sich trug. Er fiel bei den Kämpfen um die Befreiung Lettlands. Dann wurden der Kampf der deutschen Linken gegen den Ersten Weltkrieg und die Gründung der KPD gezeigt. Eindringlich schilderte die Ausstellung das Ringen der Kommunisten und anderer fortschrittlicher Kräfte gegen den deutschen Imperialismus und die faschistische Gefahr in der Zeit der Weimarer Republik. Einen besonderen Platz nahmen dabei die freundschaftlichen Beziehungen der deutschen Arbeiterbewegung zur Sowjetunion ein. Die Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hob die Rolle der Kommunisten hervor, ohne das Engagement von Sozialdemokraten, Christen und anderer Nazigeegner zu verschweigen.

Im Zentrum der Ausstellung stand das Nationalkomitee Freies Deutschland. Es war Unsinn, wenn Arnold das bestritt und behauptete, im Mittelpunkt habe der Integrationsprozess der DDR in das sozialistische Lager gestanden. Sie widerspricht sich dann auch selbst auf den folgenden Seiten.¹⁰

Es gab im Museum einen Memorialteil, unter anderem mit Nachbildungen eines Teils des Saales, in dem die Gründungskonferenz des NKFD stattfand, eines Unterrichtsraums der Antifa-Schule und einer Felddruckerei der „Gruppe 117“, in der deutsche Antifaschisten gemeinsam mit Angehörigen der Roten Armee im Hinterland des faschistischen Feindes wirkten. Es wurde auch ein Dokumentarfilm über die Gründung des NKFD gezeigt.

Im Obergeschoss des Museums klang die Ausstellung mit dem Thema „Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – die Erfüllung des Vermächtnisses der Kämpfer gegen den Faschismus“ aus. Zu sehen waren hier unter anderem das Duplikat einer Fahne, die dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED 1946 übergeben wurde und eine Ausgabe des Programms der SED von 1979 mit einer Widmung Erich Honeckers. Den Schwerpunkt bildete der Freundschaftsbund zwischen der DDR und der UdSSR. Die Ausstellung schloss mit einem farbigen Großfoto eines Freundschaftstreffens der FDJ und des Komsomol am Treptower Ehrenmal.

Als ich im April zum bisher letzten Mal das Museum in Krasnogorsk besuchte, war das Obergeschoss leergeräumt, und hier wurde eine Ausstellung von Künstlern des Krasnogorsker Gebietes gezeigt. Im Erdgeschossteil war der Anteil von Sozialdemokraten und Christen am antifaschistischen Widerstand verstärkt worden. Gestützt auf das Manuskript von Krupennikow, schrieb Arnold, dass die Mitarbeiter bald nach der Eröffnung begannen, die Ausstellung auf „subversivem Wege umzugestalten“¹¹.

Arnold hat zwar Recht, wenn sie berichtet, dass die Ausstellung abgenommen wurde durch eine Kommission von sechs Moskauer Museumsdirektoren, drei Mitarbeitern des sowjetischen Kulturministeriums, einem Mitarbeiter des Moskauer Exekutivkomitees und einem Vertreter der Krasnogorsker Parteiorganisation, zu der auch erstaunlicherweise Fredi Sumpf und ich hinzugezogen wurden. Begutachtet wurde die Ausstellung auch durch Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED, des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, des IML und des Museums für Deutsche Geschichte.

Aber die sowjetische Kommission hat das Museum nicht eröffnet. Auf der Kundgebung zur Ausstellungseröffnung am 5. Mai 1985 sprachen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, Horst Schmitt, Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins und Pjotr Demitschew, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Kultur der UdSSR. Es nahmen weiterhin Viktor Grischin, Mitglied des Politbüros des ZK und 1. Sekretär des Moskauer Stadtpartei-Komitees der KPdSU, Konstantin Russakow, Sekretär des ZK der KPdSU und weitere Persönlichkeiten aus der UdSSR, der DDR und der BRD teil.

2005 schrieben Frank Preiß und Gunter Dehne in einem Internet-Beitrag: „Seit Jahren schon erregt der unwürdige Umgang mit der Thälmanngedenkstätte im Brandenburgischen Ziegenhals die Gemüter all jener, die sich der Geschichtsentsorgung – und sei es unter dem löchrigen Deckmantel ‚marktwirtschaftlicher Zwänge‘ – vehement verweigern. 1816 Kilometer weiter östlich liegt am Rande Moskaus die Stadt Krasnogorsk. Was verbindet den ruhigen idyllisch gelegenen Ausflugsort unweit Berlins mit der hektischen Industriestadt knapp zwei Kilometer westlich des Autobahnringes der Hauptstadt Russlands? Hier wie da befinden sich einzigartige Gedenk-Stätten antifaschistischen deutschen Widerstandes. Beide erinnern an ein scheinbar weit zurückliegendes Kapitel der Geschichte. Beide gehörten einst zum besonders gepflegten historischen Nachlass von Staaten, die nunmehr untergegangen sind. Sowohl die ‚vereinte‘ Bundesrepublik Deutschland als auch die neugegründete Russische Föderation mussten sich 1990 bzw. 1991 entscheiden, wie sie mit ihrem geschichtlichen Nachlass weiter umzugehen gedenken. Wenngleich auch im neuen Russland, vor allem in den 1990er Jahren, blinder Antikommunismus und eine teilweise erstaunlich primitive Geschichtsrevision zum Handwerkzeug der neuen und altgewendeten Eliten gehör(t)en, sind daneben aber niemals die Stimmen derjenigen verstummt, die davor warnten, bei der Suche nach einem neuen Gesellschaftsmodell das Kind mit dem Bade auszuschütten.“

Im Museum der deutschen Antifaschisten ist ein Brief zu sehen. Dort schreibt ein russischer Bürger: ‚In Russland gedenkt man all jener, die ihren Beitrag zur Befreiung der Menschheit vom Hitler-Joch geleistet und die Kraft und den Mut aufgebracht haben, sich dem menschenfeindlichen Nazi-Regime zu widersetzen ... Die edle Mission der Veteranen des deutschen Antifaschismus hat ... ihre aktuelle Bedeutung keineswegs eingebüßt. ... In unseren Tagen werden zuweilen Versuche unternommen, die Geschichte umzuschreiben. Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist, die Ursachen des blutigsten aller Kriege nicht zu vergessen, ... sowie keine Revision der Geschichte zuzulassen.‘ Der Verfasser war Wladimir Putin, auch zu diesem Zeitpunkt Russlands Präsident.“¹²

Meine letzte Information über das Museum, inzwischen Filiale des Zentralmuseums des Großen Vaterländischen Krieges in Moskau, stammt vom Februar 2011. Da zählte das Museum jährlich rund 8000 Besucher und hatte 26, darunter elf wissenschaftliche, Mitarbeiter.¹³

Anmerkungen

- 1 Kurt Laser, Museum der deutschen Antifaschisten in Krasnogorsk, in: Neue Museumskunde, Heft 1, 1986, S. 50 – 53.
- 2 Vgl. Sabine Rosemarie Arnold, Das Museum der Deutschen Antifaschisten in Krasnogorsk. Vom Treuezeugnis zum Geschichtszeugnis, in: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere. Herausgegeben von Gerd R. Ueberschär, Frankfurt am Main 1996, S. 188.
- 3 Vgl. ebenda, S. 192 f.
- 4 Vgl. ebenda, S. 188 f.
- 5 Ebenda, S. 189.
- 6 Vgl. Brüderliche Freundschaft und Kampfgemeinschaft, in: Neues Deutschland vom 7. Mai 1985, S. 2.
- 7 Vgl. Arnold, a.a.O., S. 190 f.
- 8 Vgl. Museum deutsche Antifaschisten, Ausstellungskatalog, S. 4 f., 29.
- 9 Vgl. Arnold, a.a.O., S. 190.
- 10 Vgl. Arnold, a.a.O., S. 190, 193.
- 11 Arnold, a.a.O., S. 194.
- 12 Vgl. Frank Preiß, Gunter Dehne, Russlands gutes Gedächtnis. In Krasnogorsk bei Moskau gedenkt man deutscher Antifaschisten – ohne wenn und aber, <http://www.sicherheitspolitik-ss.de/autoren/preisz/fp>.
- 13 Vgl. http://wikipedia.org/wiki/Memorial'ny_musey_antifashistov.

Dokument

August Bebel

Aus der Rede zum Tagesordnungspunkt “Die Taktik der Partei” auf dem Parteitag der SPD in Dresden am 17. September 1903

Mit dieser Rede begründete August Bebel eine von ihm, seinem Mitvorsitzenden Paul Singer und Karl Kautsky eingebrachte Resolution gegen den Revisionismus. Diese Initiative ergab sich aus der Notwendigkeit, die auf die Integration der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat gerichteten Bestrebungen und Aktivitäten der opportunistischen, revisionistischen Strömung entschieden zu rückzuweisen und sie fördernde Illusionen überzeugend ad absurdum zu führen. Bemerkenswert ist Bebels offener und scharfer, Ross und Reiter benennender Angriff auf die Akteure der opportunistischen Vorstöße, und ebenso, wie unverblümt er die komplizierte Situation in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die daraus erwachsenden Gefahren für die Partei darlegte, wie er deutlich machte, dass es sich hier nicht nur um den Zustand der Fraktion oder Beziehungen zwischen Personen, sondern um ein Grundproblem der Gesamtpartei, der sozialistischen Bewegung überhaupt handelte. Von prinzipieller Bedeutung ist seine Polemik gegen die Einheitsdemagogie, für eine grundsätzliche Auseinandersetzung und Klärung. Nicht weniger interessant sind seine Darlegungen über die Taktik der Bourgeoisie, ihrer Politiker und Ideologen gegenüber der Arbeiterbewegung sowie zur sozialen Basis opportunistischer Tendenzen und Bestrebungen. Lenin würdigte diese Rede als „ein Musterbeispiel dafür ..., wie man marxistische Anschauungen verfechten und für den wahrhaft sozialistischen Charakter der Arbeiterpartei kämpfen muß“ (Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 290). Feststellungen von Beifallsbekundungen und Zwischenrufe werden im Interesse der Übersichtlichkeit Kursiv, redaktionelle Ergänzungen in eckige Klammern [] gesetzt.

Heinz Karl

[...] Nun entsteht die Frage, ob wir unsre bisherige Taktik ändern sollen. Wann hat eine Partei ihre Taktik zu ändern? Denn daß eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst. [Wilhelm] Liebknecht hat einmal in seiner drastischen Art gesagt: Wenn notwendig, ändere ich binnen 24 Stunden meine Taktik 24 mal. Das war sehr drastisch, aber sehr richtig ausgedrückt. Die Taktik jeder Partei jedoch muß den Grundlagen entsprechen, auf denen die Partei aufgebaut ist, und wenn ich wirklich in 24 Stunden 24 mal meine Taktik ändern muß, dann darf sie von den 24 mal auch nicht e i n m a l mit den Grundlagen der Partei in Widerspruch stehen. (*Sehr richtig!*) Das ist das Entscheidende! Nun kann man ja darüber streiten, ob wir denn in der Tat mit unsren Grundsätzen in Widerspruch geraten sind. Darüber kann nur die Partei selbst und der

Erfolg der Dinge entscheiden. Nun ist aber der Erfolg für die Partei bisher ein solcher gewesen nach jeder Richtung hin, daß wir von diesem Gesichtspunkt aus auch nicht den geringsten Anlaß haben, unsre bisher siegeserprobte Taktik zu ändern. (*Lebhafte Zustimmung.*) Es kann weiter eine Änderung der Taktik notwendig sein, weil sie sich als falsch oder ungenügend herausgestellt hat. Auch in dieser Richtung liegt nichts vor. Allerdings, etwas doch, wir sind gewachsen, wir haben mehr Abgeordnete und deshalb müssen wir in gewissem Sinne unsre Taktik ändern, aber nicht etwa in dem Sinne, daß wir bremsen oder zurückhalten, nein, nachdem diese ungeheuren Wählermassen auf Grund unsrer bisherigen Taktik, Kämpfe und Haltung uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen als bisher. (*Stürmischer Beifall.*)

[...] Wir werden nach wie vor in einer gewissen Isoliertheit bleiben und in der schärfsten Opposition. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir Konzessionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Mühe wert erscheint. Wir haben uns allerdings häufig über den Wert dieser Konzessionen gestritten. Die rechte Seite in der [Reichstags-]Fraktion – um diesen Ausdruck zu gebrauchen – war für die kleinsten Konzessionen zu haben, wenn sie auch nach meiner Überzeugung ganz unbedeutend waren. Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzessionen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich mich denn dadurch, daß ich für diese Konzession stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren? Wo wir aber zu der Auffassung kamen, daß es sich um eine wertvolle Konzession handele, da haben wir dafür gestimmt. Bei der letzten Novelle zur Unfall-Versicherung haben wir schwer gekämpft; da fielen die Hiebe hageldicht und schließlich wurde die Annahme der Novelle von der Fraktion mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nachdem wir dann so gestimmt hatten, kam Dr. Jastrow, den [Max] Quarck gestern als einen der sozialen Zuckerwasserverzapfer hingestellt hat, und schrieb in der „Frankfurter Zeitung“, das sei doch unerhört, daß sogar die Sozialdemokratie für diese erbärmliche Novelle gestimmt habe. So waren die Kämpfe in der Fraktion, und ich kann Ihnen offen sagen, daß bei der neuen Zusammensetzung der Fraktion solche Kämpfe sich nicht vermindern, sondern vermehren werden. Das, was ich vorhin als die rechte Seite der Fraktion bezeichnet habe, wird im neuen Reichstage leichter die Oberhand gewinnen können als früher, und deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die Partei über die Situation klar wird und sozusagen der Fraktion ihre Taktik vorschreibt. (*Lebhafter Beifall.*) Soweit es überhaupt möglich ist. Es ist natürlich undenkbar, daß der Parteitag definitiv für alle Fragen feststellt, wie sich die Fraktion zu verhalten hat. Der Parteitag kann nur Direktiven geben, er kann die Marschroute angeben. Tut er das, so muß die Fraktion danach marschieren, sie mag wollen oder nicht. (*[Wolfgang] Heine: Sehr richtig!*) Das werden Sie wohl müssen, Genosse Heine, das versteht sich ganz von selbst. Es wäre auch noch schöner, wenn es anders wäre, da würde es allerdings heißen: Wer nicht pariert, fliegt hinaus. (*Lebhafter Beifall.*) Ich bemerke das ohne Beziehung auf irgend eine Person, rein objektiv. Wenn der Parteitag der Fraktion eine Direktive gibt, so muß die Fraktion sich danach richten. Kommt der Parteitag zu der Überzeugung, daß die Fraktion schwere Verstöße sich hat zu Schulden kommen lassen, so wird er selbstverständlich zunächst mit scharfen Rügen vorgehen. Nachher allerdings würde die Sache anders werden. Das ist in großen Zügen die politische und parlamentarische Situation, wie ich sie auffasse. Die Partei muß sich darüber klar werden, und der Standpunkt, den wir einnehmen, muß so klar und durchsichtig sein wie Kristall oder Glas, da darf nichts vorhanden sein, was nur entfernt dem Gegner die Möglichkeit gäbe zu sagen: also das sind die Resultate dieses gewaltigen Sieges, daß es der Sozialdemokratie geht wie bisher allen bürgerlichen Parteien; wenn sie einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, dann fallen sie um, geben ihre Grundsätze preis und dann ist es aus mit ihnen. (*Sehr richtig!*)

[...] Man rede doch nicht von der Einheit und der Einigkeit in der Partei! Diese Saite hat ja gestern bereits [Heinrich] Braun angeschlagen, wir seien ja einig in der Partei. Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneiniger als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! (*Vielfaches Sehr richtig!*) Das zu vertuschen und darüber abermals mit Zuckerwasser hinwegzukommen, das habe ich für meine Person herzlich satt! (*Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.*)

Ich habe seit zwölf Jahren, seit der großen Debatte mit [Georg Heinrich v.] Vollmar in Erfurt, so viel hinunterzuschlucken gehabt und oftmals mich geärgert und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Überbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So geht's nicht mehr weiter! Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Tisch machen und uns mal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich. (*Bewegung.*)

[...] Es ist ja allmählich in unsrer Partei dahin gekommen, daß es gewisse Kreise von Leuten gibt, die eine ganze Corona bürgerlicher Journalisten als Korybanten¹ um sich versammelt haben. Ich sage nicht, daß sie gerufen worden seien. Nein, diese haben sich an dieselben herangemacht, sie kamen freiwillig, um zu bejubeln, zu beweihräuchern. [...] die ganze Welt – wir können es mit einem gewissen Stolz sagen – sieht auf uns und jede Regung in unsren Reihen wird von ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf der andren Seite werden alle diejenigen, die seit zwölf Jahren alle paar Jahre wenigstens einmal und in den letzten fünf Jahren jedes Jahr ununterbrochen zu diesen Dissonanzen Veranlassung gegeben haben, von der bürgerlichen Presse, von deren Standpunkt aus ganz mit Recht, gelobt und als die großen Staatsmänner mit dem weiten Blick usw. geschildert. Man will auf diese Weise, wie ich schon einmal gesagt habe, die Partei förmlich

auseinanderloben. Das ist unter Formen und in einer Weise geschehen, daß ich sagen muß, es hat mich manchmal angeekelt. (*Beifall.*) Gewiß, dafür können die Betreffenden nichts, sie haben es nicht veranlaßt. Aber wenn mir so etwas passierte – es kann mir ja nicht passieren, und ich freue mich dessen. So lange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. (*Lebhafter Beifall.*) Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen. (*Stürmischer Beifall.*)

[...] Machtfragen! Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Vogesen²; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzentwürfe machen könnte, wie er wollte? Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eignen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau wüßte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas andrem machen könnte, als sie jetzt ist. (*Stürmischer Beifall.*)

(Fortsetzung und Schluss im nächsten Heft.)

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 305/306, 308, 309, 311/312, 313, 315/316.

Anmerkungen

1 Korybanten – leidenschaftlicher Verehrer, Lobredner (ursprünglich: Priester der Göttin Kybele).

2 D. h. in Frankreich, wo der prominente sozialistische Politiker Millerand in die bürgerliche Regierung eingetreten war.

Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises, Oktober – Dezember 2013

10. Oktober: Wie Berlin 1948 gespalten wurde. Mit Dr. Norbert Podewin.

14. November: Zu den aktuellen Beziehungen Polen – Russland. Mit Prof. Dr. Eckart Mehls.

12. Dezember: Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Erfolge und Defizite. Mit Prof. Dr. Jörg Roesler.

(Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl*, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24, statt.)

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 26. Oktober 2013

eine **Konferenz** zum Thema

Deutschland 1933: Prozesse, Wirkungen, Kontinuitäten, Lehren

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **11.00** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof. Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Dr. Reiner Zilkenat (Dahlwitz-Hoppegarten)

Der Platz des Jahres 1933 in der Geschichte. Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Prof. Dr. sc. Heinz Karl (Berlin)

Zur Kontinuität der deutschen Machteliten, ihrer Konzepte und Apparate seit 1933

Dr. Ulrich Schneider (Kassel)

Zu Fragen der Faschismus-Theorie

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574